

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stz Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Pettzelle 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Zum Verbandstag in Berlin.

Die Redaktion hat aus Zweckmäßigkeitsgründen vermieden, in die Polemik zum Verbandstag einzugreifen, obwohl Ursache vorhanden war, die von manchen Kollegen zu Papier gebrachten schiefen Ansichten sofort richtigzustellen. Im allgemeinen besaßen sich die „Verbandstagsstimmen“ nur mit dem Statutenentwurf des Hauptvorstandes, der hauptsächlich bei vielen, wegen der in Vorschlag gebrachten Staffelung der Beiträge nach dem Lohnverdienst, gegenteilige Meinung auslöste, die andererseits gegen die Regelung der Unterstützungssätze bei der Erwerbslosigkeit, Umzug oder Todesfall, sich abfällig äußerten. Dabei wurde in der Hitze des Gefechts das eine übersehen, daß die Unterstützungseinrichtung der Gewerkschaften lediglich ein Mittel zum Zweck der Vorbeugung äußerster Notfälle ist, um den Mitgliedern aus Verbandsmitteln einige Notgroschen ziehen zu können. Niemals kann eine Gewerkschaft, die vornehmlich die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage aller Berufsangehörigen auf ihre Fahne geschrieben hat, eine Versicherungsgesellschaft werden, sie muß Kampforganisation bleiben. Nichts anderes kann es geben, wenn wir den Zeitverhältnissen mit ihren schroffen Klassengegenätzen klaren Blickes entgegensehen wollen.

Trotzdem nun unsere wirtschaftlichen Kämpfe mit dem Unternehmertum aller Branchen in den letzten Jahren sich bedeutend verschärft und immer die Macht vor das Recht gestellt wurde, halten einzelne optimistisch veranlagte Kollegen eine Verschärfung der zukünftigen Kämpfe für ausgeschlossen. Schon unser Klassenbestand, der wohl in den letzten Jahren ein beträchtliches Plus zu verzeichnen hat, aber immerhin noch keinen „Juliussturm“ darstellt, weil nur rund 11 pro Mitglied vorhanden sind, beweist zur Evidenz, daß es zur Lebensbedingung der Organisation wird, den Kampffonds mehr zu stärken als bisher. Unter solchen Umständen wird sich der Verbandstag niemals herbeilassen dürfen, wie von einzelnen gewünscht wird, eine Reduzierung der Beiträge und gleichzeitig die Erhöhung der Unterstützung vorzunehmen. Er wird gut tun, den allein richtigen Weg zu beschreiten, die Unterstützung im gerechten Verhältnis der Beitragsleistung festzusetzen. So wie es bislang war, daß bei 50 $\%$ Wochenbeitrag nach einem Jahre 80,8 $\%$, nach zwei Jahren 97 $\%$, nach fünf Jahren 1,21 pro Woche an Unterstützung bezogen werden konnten, wird es der Verbandstag nicht belassen, wenn nicht andere wichtige Aufgaben Schaden leiden sollen. Die Werbekraft der Organisation liegt nicht in der Unterstützungseinrichtung, wie von manchen angenommen wird, sondern in der numerischen und finanziellen Stärke. Durch optimistische Täuschungen, wie: „Ich meine, es kommt nicht nur darauf an, recht viel Geld in der Kasse zu haben, sondern in erster Linie die Massen zu gewinnen! Daß zu diesem Zweck eine Erhöhung der Aktionsfähigkeit geschaffen werden müsse durch Erhöhung der Beiträge ist eine wertlose Phrase!“, können niemals Tatsachen aus der Welt geschafft werden. Der Schreiber dieses muß keine Ahnung haben, wie von den Arbeitern, um nur zollbreit auf ein höheres Niveau der Lebenshaltung zu kommen, mit dem Unternehmertum die erbittertesten Kämpfe ausgefochten werden mußten. Und ist es vielleicht heute anders? Die brutale Aussperrung der Bauunternehmer ist der beste Beweis für die Verschärfung der Klassengegensätze. Das Unternehmertum in unsern Berufen ist aus demselben Holz geschnitten. Die Bäckermeister haben schon zur Genüge den Beweis ihrer Brutalität gegen die Arbeiter erbracht; im Konditorgewerbe sind die Arbeitgeber um kein Deut einsichtsvoller. Das Unternehmertum

in der Großindustrie ist in seinen Arbeitgeberverbänden auf das engste liiert mit dem Scharfmachertum größten Kalibers. Der Verbandstag wird schon wegen dieser Tatsachen nicht die falschen Wege beschreiten, wie solches in einzelnen „Stimmen“ ihm zugemutet wird, sondern im Interesse des Allgemeinwohls für die Mitglieder das Beste schaffen.

Einen Stein des Anstoßes bildete in der Polemik bei einzelnen ferner die Staffelung der Beiträge nach dem Wochenverdienst. Die Gründe, welche den Hauptvorstand zu diesem Vorschlag veranlaßten, sind in Nr. 14 unseres Fachblattes niedergelegt. Wollen wir die Organisation auf eine breitere Basis stellen und der großen Masse unserer Berufsangehörigen mit geringen Löhnen mehr als bisher die Möglichkeit zum Anschluß erleichtern, dann sind wir gezwungen, von dem Einheitsbeitrag abzugehen und das gerechte System: Klassifizierung der Beiträge nach dem Wochenverdienst, einzuführen. Der große Unterschied in den Löhnen ist in unsern Berufen weit mehr vorhanden als in andern Gewerben, wo durch die Organisation einigermaßen ein Ausgleich mittels Tarifabschlüsse erreicht wurde. Bei den Bäckern sind die Abstände zwischen Groß- und Provinzstadt in den Löhnen ebenso groß wie bei den Konditoren sowie den Spezialarbeitern und Angelernten in den Fabriken. Die Gerechtigkeit erfordert es schon, hier eine Norm zu treffen, daß dem schlecht Entlohnten wie dem besser Bezahlten die Möglichkeit zum Beitritt in seine Interessenvertretung erleichtert wird.

In überflüssiger Weise wurde in einzelnen „Stimmen“ gegen die bürokratischen Maßnahmen des Hauptvorstandes und für Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder geschrieben. Wohlweislich hüteten sich diese Kollegen, ihre bagen Vermutungen mit „tatsächlichen“ Vorkommnissen zu bekräftigen, und aus der Luft gegriffene Behauptungen, wie: Verfehlt wäre es aber, wenn dazu übergegangen würde, die Mitglieder zu entrichten . . . (Zeilein-Mannheim), oder: Heute kann eine Zahlstelle selbständig fast gar keine Beschlüsse fassen, zu allem bedarf es erst der Zustimmung des Hauptvorstandes (Hn.-Hamburg), beweisen nichts. Den Vogel schloß zweifellos Crull-Düsseldorf ab, der sich folgendermaßen ausdrückte: „Ein Verbandstag gibt den Mitgliedern die einzige Gelegenheit, selbst einmal das Wort zu ergreifen, und ich meine, gegen jede Verringerung dieses Rechtes sollen wir Mitglieder ernstlich protestieren, um nicht unbewußt das gesunde Prinzip der Majorität gegen ein vielleicht bürokratisches und engherzig werdendes Regiment einer selbstherrlichen Vorstandsautorität zu verkaufen.“ Wenn der Erguß einen Sinn haben sollte, so wird hier nichts weniger verlangt, als die Verbandstage zu einem Anlagetribunal gegen die bürokratische, engherzige, selbstherrliche Vorstandsautorität zu gestalten, und um den Mitgliedern hierzu Gelegenheit zu geben, sollen recht oft die Verbandstage stattfinden.

Bis jetzt haben die Delegierten die kurz bemessene Zeit der Generalversammlungen zu vernünftigeren Taten verwendet, als hier vorgeschlagen wird, und auch in Zukunft kann es nichts anderes geben, wenn die Organisation im Interesse der Mitglieder ausgebaut werden soll, daß die Verbandstage nicht dem eigenartigen „Sirenengesang“ folgen werden. Das ganze Jahr hindurch geben sich die Unternehmer die redlichste Mühe, die Organisationsleitung mit Kotklumpen zu bombardieren, und hätte also der Kollege seine Zeit zu einer besseren Arbeit verwenden können. Durch die demokratische Einrichtung ist die Organisation zu einem Machtfaktor angewachsen, mit dem die Unternehmer wohl oder übel rechnen müssen. Das freie Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, ohne jeden Zwang, ge-

hörte von jeher zu dem obersten Grundsatz des Verbandes. Unsere Gesetze schufen wir uns in dem vollen Bewußtsein, der Allgemeinheit zu nützen. Da und dort war ein Unzufriedener oder ein „Besserwissender“, der mit Törgeleien und Mäkeln sich Gehör verschaffen wollte, jedoch die eiserne Disziplin in unsern Reihen sorgte für die Verwirklichung unserer Beschlüsse. Wir haben das nicht zu bereuen, sondern sind von Sieg zu Sieg geeilt. Es ist daher keine Ursache vorhanden, den Vorstand des Bürokratismus zu beschuldigen, weil er mit unnachsichtlicher Strenge die Verbandstagsbeschlüsse zur Durchführung brachte und nur nach dem von den Mitgliedern geschaffenen Gesetz handelte, sondern, dessen sind wir sicher, daß der Verbandstag auch in Zukunft kein Schleifenlassen der Zügel dulden wird.

Weit wichtigere, als die in der Polemik berührten Punkte sind ebenfalls in der Tagesordnung zum Verbandstag enthalten. Die Lohnbewegungen und Streiks in der verflochtenen Periode, seit der elften Generalversammlung, müssen nebst der von uns angewendeten Taktik eingehend behandelt werden. Die rechtliche Seite der Tarifverträge, die verschiedenen Urteile und Auffassungen der Behörden über die Tarifabschlüsse und deren Einhaltung, gerichtliche Entscheidungen wegen des Boykotts, alles das sind Fragen, die nicht stiefmütterlich behandelt werden dürfen. Im engsten Zusammenhang damit stehen die Kampfsmittel der Unternehmer. Unsere Forderungen an die Arbeitgeber und die Regierung müssen einer eingehenden Reform unterzogen und dieselben auf die Konditoreien und die Großindustrie ausgedehnt werden.

Die übrigen Punkte sind nicht minder von Bedeutung für unsere zukünftige Bewegung. Der Genossenschaftstaxi und die Krankenversicherung werden das regste Interesse der Delegierten beanspruchen. Wenn auch die Fusion mit dem Müllerverband durch den Anschluß an den Brauereiarbeiterverband gegenstandslos wurde, so wird sich der Verbandstag schlüssig werden müssen, welche Stellung in Zukunft zur Frage des Industriebandes eingenommen werden soll.

Unsere internationalen Beziehungen zu den ausländischen Bruderorganisationen, die Stellungnahme des Verbandstages zum zweiten internationalen Kongress in Kopenhagen, sind von solch großer Wichtigkeit, daß sich auch hier die Delegierten zu einer eingehenden Aussprache werden herbeilassen müssen. Unser Verband kann es sich zur Ehre rechnen, bahnbrechend auf diesem Gebiete gewirkt zu haben. Dem internationalen Sekretariat sind zurzeit 14 Organisationen angeschlossen. Die gegenseitigen kameradschaftlichen Beziehungen haben sich bereits in den ersten drei Jahren des Bestehens des internationalen Sekretariats bewährt.

So hat die zwölfte Generalversammlung — unser Jubiläums-Verbandstag — eine Reihe wichtiger, in die Gesamtorganisation tief einschneidender Fragen zu erledigen. Stellen wir das große Ganze den persönlichen Meinungen und Ansichten voraus, so werden die Beschlüsse scharfe Waffen für uns im ferneren Kampfe gegen das Unternehmertum bilden. Von diesem gemeinsamen Bestreben geleitet, für das Wohl der Allgemeinheit unser Bestes zu leisten, heißen wir die Verbandstagsdelegierten in Berlin auf das herzlichste willkommen!

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Die Aussperrung der haugewerblichen Arbeiter ist nunmehr in die sechste Woche eingetreten, ohne daß die Beendigung abzusehen ist. Es werden in der Tagespresse fortwährend Mitteilungen und Gerüchte verbreitet, die den Kampf als einen bereits im Abflauen begriffenen bezeichnen und sein nahes Ende in Aus-

sicht stellen. Diese Mitteilungen sind durch-
aus irreführend und dürfen keineswegs als Ver-
anlassung dazu benutzt werden, in der Solidarität gegen-
über den Ausgesperrten zu erlahmen. Wenn die Aus-
sperrung auch weit hinter dem vom Arbeitgeberbund für
das Baugewerbe erwarteten Umfang zurückgeblieben ist,
und sich große Unzufriedenheit in den Arbeitgeberkreisen
zeigt, so ist doch die Zahl der Ausgesperrten mit ihren
Familien eine so außerordentlich große, daß die
Unterstützung der gesamten Arbeit-
erschaft ihnen nicht entzogen werden darf. Auch die
Dauer des Kampfes dürfte voraussichtlich eine
längere sein, daran vermögen vorläufig alle gelegent-
lichen Vermittlungsaktionen und Friedenswünsche fern-
stehender Kreise nicht das geringste zu ändern, solange die
Bauarbeiter nicht selbst ihre unerfüllbaren Forde-
rungen zurückziehen und den Arbeiterorganisationen Ent-
gegenkommen beweisen.

Mit einer längeren Dauer der Aussperrung in erheb-
lichem Umfang ist also unter allen Umständen zu rechnen.
Angesichts dieser ersten Situation müssen wir die deutsche
gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von neuem zu
tatkraftigster finanzieller Unterstützung
der Aussperrten und ihrer Familien auf-
rufen. Die Sammlungen dürfen nicht mit vermindertem
Eifer betrieben werden, und ihre Erträge nicht nach-
lassen, sondern sie müssen nach Möglichkeit gesteigert
werden, denn von den finanziellen Mitteln hängt die
Dauer der Widerstandsfähigkeit der Ausgesperrten und
damit auch ihr schließlicher Sieg in diesem Kampfe ab,
den jeder organisierte Arbeiter herbeiwünscht muß.

Einsichtlich der Organisierung der Sammlungen, der
Ablieferung der Gelder und der Quittierung der eingegan-
genen Beträge verweisen wir auf unseren ersten Aufruf.
Möge die organisierte Arbeiterschaft
Deutschlands zeigen, daß die ausgesperr-
ten baugewerblichen Arbeiter auf ihre
Unterstützung rechnen können!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
E. Regien.

Der Kampf in Nürnberg gegen das Kostwesen.

Bereits im Jahre 1905 wurde hier ein Ansturm gegen
den Kost- und Logiszwang unternommen. In dreiwöchig-
em Streik wurden durch den Bohnott circa 250 Meister
gezwungen, die Forderungen zu bewilligen. Doch die
Kollegen, darunter noch führende Mitglieder, waren
damals nicht reif genug, das Dienstbotenjoch abzuschütteln.

Seit der Verschmelzung mit dem Konditorenverband
gewann aber die Bäckerbewegung ebenfalls wieder mehr
Hoben; auch die Kollegen, angefeuert durch die Erfolge
in Südbayern, wurden anderer Gesinnung. In den Tarif-
abschlüssen im Herbst 1909 sahen sie ein gutes Zeichen, und
immer sehnlicher war der Wunsch, in allen Bäckereien die
Kost zu beseitigen. Die Agitationsversammlung am
23. Februar, in welcher der Kollege Friedrich-Halle
referierte, faßte den einstimmigen Beschluß, mit dem
Gesellenausschuß und den Vereinsvorständen in dieser
Richtung Fühlung zu nehmen. Alle diese wurden dann
auch zur nächsten Versammlung geladen, in welcher über
diese Frage verhandelt wurde. In dieser Versammlung,
in welcher die Geladenen auch erschienen waren, wurde
einstimmig beschlossen, einen Tarif aufzustellen. Das
geschah, und eine weitere Versammlung am 22. März be-
schloß, denselben an die beiden Innungen einzureichen.

Glatte Ablehnung war die Antwort an den Verband.
Jedoch erhielten die Gesellenausschüsse die Mitteilung,
daß die Meister beschlossen hätten, die Löhne um M 1,
M 1,50 und M 2 zu erhöhen. Der Gesellenausschuß
stimmt dem ohne weiteres zu, und am andern Tage las man
folgende

Öffentliche Bekanntmachung.

Die heutige Versammlung der beiden Bäder-
innungen hat die von den Gesellenausschüssen in der
Annonce vom 24. März bekanntgegebenen Lohnzulagen
anerkannt und werden am kommenden Sonntag, 2. April,
zu den bisherigen Löhnen für Köchler M 1, Kübler
M 1,50 und Helfer M 2 mehr bezahlt.

Außerdem erhalten nach einjähriger Tätigkeit im
Geschäft Köchler und Kübler zwei Tage und Helfer drei
Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Bäckerinnung Nürnberg und Bäckerinnung Bavaria.

Mit diesen Abmachungen beschäftigte sich eine Ver-
sammlung am 30. März, die folgenden Beschluß faßte, der
in der Tagespresse bekanntgegeben wurde.

Öffentliche Bekanntmachung.

Unterszeichnete wurden in einer am 30. März von
mehr als über 400 Bäckergehilfen besuchten Versammlung
beauftragt, bekanntzugeben, daß

1. die Gesellenausschüsse der beiden Bäckerinnungen
keinen Auftrag hatten, mit den Meistern in Verhand-
lungen einzutreten,
2. dieselben, ohne die Gehilfen zu fragen, den Vor-
schlägen der Meister zustimmten,
3. und damit eine Täuschung der Brotkonsumenten
herbeiführen wollten,
4. daß die hiesige Gehilfenschaft die Abmachungen
nicht anerkennt, sondern auf ihrer Forderung
Abtötung von Kost und Logis
beharrt und um weitgehendste Unterstützung der gesamten
Eintwohnerschaft ersucht.

Die Lohnkommission des Verbandes der Bäcker und
Konditoren (Mitgliedschaft Nürnberg).

Nun erst ging's los. Bezahlte Kreaturen gingen von
Bäckerei zu Bäckerei, um in Gegenwart des Meisters die
Unterschrift des Gehilfen zu erzwingen, daß er mit dem,
was die Innung gegeben hat, auch zufrieden ist. Nach
ein paar Tagen konnte man in den Zeitungen lesen, daß
neun Zehntel der Gehilfen zufrieden sind. Doch in einer
weiteren Versammlung wurde eine Abstimmung vor-
genommen und dort festgestellt, daß von 370 Kollegen
nur 10 mit den Abmachungen zufrieden waren. Der Schwindel
von den neun Zehnteln lag also klar. Die Versammlung
beschloß dann, das Gewerbegericht anzurufen, was auch
geschah. Die Innungen lehnten auch dieses ab. Hierauf
nahm das Kartell Stellung zur Bäckerbewegung, und

bevor der Beschluß gefaßt wurde, den Bohnott zu erklären,
fragte der Geschäftsführer des Kartells bei den Innungen
an, ob sie nicht mit dem Kartell verhandeln wollten.
Wieder kam die höhnische Antwort: Sie lehnen das
Entgegenkommen dankend ab.

Nun mußte zur Waffe des Bohnotts gegriffen werden.
Ein Stadtviertel nach dem andern wurde planmäßig be-
arbeitet. Die Parteigenossen stellten sich bereitwillig zur
Flugblattverbreitung zur Verfügung, so daß alles gut
konstaten ging.

In den ersten zwei Tagen hatten von 50 Bäckereien
in einem Bezirk 24 bewilligt, so daß sofort ein weiteres
Biertel in Angriff genommen werden konnte. Der Bohnott
wirkte außerordentlich gut; in den ersten acht Tagen hatten
70 Betriebe bewilligt. In Versammlungen und Inseraten
wurden die Verhältnisse in den hiesigen Bäckereien ge-
schildert und die Gewerkschaftskollegen darauf aufmerksam
gemacht, daß Bohnottbruch dem Streikbruch
gleich zu erachten ist. Die Meister machten aber ebenfalls
ordentlich scharf, so daß manchem Meister doch erst 20, 30
und noch mehr Kunden ausbleiben mußten, ehe er be-
willigte.

Nachdem die Meister gegen die Gründe der Beseitigung
kein Sterbenswörterchen vorzubringen imstande waren, ver-
legten sie sich auf die Verbreitung von gemeinen Unwahr-
heiten; als diese widerlegt wurden, mußte der Kampf
auf persönlichem Gebiete geführt werden. Die Meister
warfen dem Kollegen Gagner vor, er hätte keine richtige
Lehrzeit hinter sich. Dem Kollegen Gehchel wurde der
Vorwurf gemacht, daß er unfähig gewesen sein soll, das
Geschäft seines Vaters zu übernehmen. Was eine aus
der Luft gegriffene Lüge ist. Wieder andere Meister
glaubten, der Kollege Gagner sollte Stadtoberweis er-
halten usw.

Doch mit all diesen Argumenten schadenen sich die
Innungsführer nur selbst, und besonders wirksam setzte
dann der Bohnott in den übrigen Bezirken ein. Zur
Abwehr und Aufklärung erließen die Kollegen Gehchel
und Gagner dann ein längeres Inserat, in welchem
das Treiben der Innung gründlich vor der Öffentlichkeit
Klar gelegt wurde.

Währenddessen hatte nun auch der Gewerbe- und Re-
gierungsrat Kröllner seine Vermittlung angetragen, aber
auch hier erfolgte Ablehnung. Welche Bildung die Herren
haben, zeigt folgende Tatsache: Als der Kampf zu beginnen
drohte, fragte Herr Regierungsrat Kröllner an, ob er seine
Vermittlung anbieten dürfe, worauf ihm telephonisch mit-
geteilt wurde, es müßte erst eine Sitzung stattfinden; was
dort beschlossen würde, würden sie ihm dann mitteilen. Bis
heute ist eine solche Mitteilung nicht erfolgt!

Nun kam wieder der Gesellenausschuß mit einer Er-
klärung: nämlich, daß derselbe in seiner Sitzung be-
schlossen habe, daß in den Nürnberger Bäckereien keine Miß-
stände existieren.

In einer weiteren Versammlung wurde hierzu
Stellung genommen und beschlossen, eine Bekanntmachung
an die Brotkonsumenten zu erlassen, in der an die beiden
Gesellenausschüsse und an die Innungen folgende offene
Anfrage gestellt wurde:

1. Will der Gesellenausschuß abstreiten, daß sich
hier in Nürnberg noch viele Gehilfen-Schlafkammern im
Keller befinden?
2. Ist es nicht oft der Fall, daß die Bettwäsche zwei
bis drei Monate lang, ja selbst bei Stellenwechsel nicht
gewechselt wird?
3. Ist es vielleicht unwahr, daß ein großer Teil
Schlafkammern sich auf dem Dachboden in einem Bretter-
verfall befindet, oder diese direkt über oder neben dem
heißen Backofen sind, wo im Sommer vor Hitze nicht zu
schlafen ist und in vielen weder Tisch noch Stuhl vor-
handen ist?
4. Ist es nicht der Fall, daß heute noch in manchen
Bäckereien die Milch- und Wassergefäße zum waschen der
Gehilfen dienen?
5. Will der Gesellenausschuß wegleugnen, daß im
Wasserbehälter, dessen Inhalt zum Teigmachen verwendet
wird, nicht überall schon verbrühtes Ungeziefer enthalten
war und trotzdem das Wasser zum Teig Verwendung
fand, sofern die Tierchen herausgefischt waren?
6. Ist es kein Mißstand, wenn in Bäckereien für
zwei bis drei Gehilfen und Lehrlinge nur ein Handtuch
vorhanden ist? Oder die Teig- und Semmelfächer vor
Schmutz nicht zu erkennen sind, welche Farbe sie als neu
hatten?
7. Will derselbe nicht zugeben, daß Hunde und Katzen
nicht nur die Mehlböden verunreinigen, sondern auch die
Mehlfäße?
8. Ist es nicht zum großen Teil Sitte, daß der
Meister wie Gehilfe und Lehrling den Wasserleitungs-
ausguß als Pissoir benutzen?
9. Ist es nicht allgemein üblich, daß der Bäckergehilfe
sein Mittagessen in der Backstube einnehmen muß, wo er
weder Tisch noch einen Stuhl zum sitzen hat.
10. Haben die Gesellenausschüsse von den Gehilfen
noch nicht gehört, daß sie oftmals ihr Mittagessen um für
15 ϕ Pflaß verkaufen würden oder ihnen für dasselbe
20 ϕ in bar lieber wären?

Bis heute ist eine Beantwortung noch nicht erfolgt.
Dafür aber nahm sich der Gesellenausschuß die Courage,
nach achtwöchiger Dauer des Kampfes eine öffentliche Ver-
sammlung einzuberufen, in welcher er freilich eine klägliche
Rolle spielte. Nur Bäckergehilfen durften diese Ver-
breitungskünstler und ihre verräterischen Leistungen an-
sehen. Verbandsfunktionäre war der Zutritt verboten,
dafür konnten aber Meisterjüngchen, Mehlvertreter und
befreundetes Zeug ohne Eintrittsgebühr den Schaustellungen
dieser Garde bewohnen. Den behäbigen Meistern war
aber das Glück nicht hold, denn es wurde beschlossen, daß
sie keinen Zutritt haben, und zum Leidwesen der
Arrangure zogen diese bestellten Schutztruppen schimpfend
und polternd, ihrer genossenen Bildung gemäß, ab. Nun
konnte es losgehen. Ein Bäckerstudent (Meistersohn),
Herr Bach, Imhoffstraße, mußte ganz besonders seinen Senf
dazu geben; Kollege Rämmermann brauchte aber nur an
den gesunden Menschenverstand zu appellieren, und der
Stern hatte ausgeluchtet.

Der zweite Bäckermeistersohn, Herr Gugel, schimpfte
über alles, was Arbeiterbewegung heißt, besonders auch
über Konsumvereine und dergleichen Dinge mehr. Doch
alles half nichts, und so verlegten sich die Getreuen dieser

Söldlinge aufs Nabaumachen. Sie geberdeten sich wie
Wild, als ihnen ihre Schamlosigkeit vorgehalten wurde, und
ohne eine Abtötung herbeizuführen, wurde die Veram-
lung geschlossen.

Heulmeiern gesteht der Gesellenausschuß im „General-
Anzeiger“ zu, daß nach ihren Reden stets der Wärm los-
brach, während jedem Verbandsredner tosender Beifall ge-
zollt wurde.

Nach dieser Vorstellung der Verband anschließend
eine Mitgliederversammlung abhalten wollte, wurde von
der Meisterhilfsstruppe mit Stöcken auf die Tische geschlagen,
gepöhl und gepfiffen nach echter Rammelmeiermanier. Die
herbeigeholte Polizei war gegen die Radaumacher auffallend
rückwärts, da sie ja in Erfahrung brachte, daß diese nicht
den „sozialdemokratischen Verbänden“ angehörten. Neu-
gierige fragten, ob eine solche Rücksicht auch im umgekehrten
Falle geübt worden wäre.

Der Coup der mit Innungsgeld gespickten Vereiner
war aber nicht gelungen, zum Wohle der Nürnberger ehr-
lichen Bäckergehilfen.

Der öffentliche Kampf und Bohnott dauert nunmehr
fünf Wochen, und es muß konstatiert werden, daß wohl noch
bei keinem Kampf der Gegner soviel Material lieferte,
wie in ihrer Tollpatschigkeit und Brutalität die hiesigen
Innungen und ihre Gesellenausschüsse. Der Kampf hat
uns bis jetzt, wie wir schon in letzter Nummer berichteten,
185 geregelte Bäckereien gebracht, und er wird nicht auf-
hören oder wird immer wieder aufgenommen werden, bis
doch endlich ein Tarif zustande gekommen ist, nach welchem
den Gehilfen die Kost außer dem Hause gewährt wird.
Kommt ein solcher in diesem Jahre nicht mehr zustande,
dann beginnt der Tanz im nächsten Jahre aufs Neue!

Den Wortlaut des Tarifs haben wir bereits veröffent-
licht.

Anerkannt muß werden, daß die organi-
sierte Arbeiterschaft ihre Solidarität mit
wenigen Ausnahmen in außerordentlich
wirksamer Weise zeigte, so daß allen
hiermit der Dank ausgesprochen sei, die
uns so tatkräftig unterstützten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Nachträge vom Streik in Frankfurt a. M. und
Umgebung. Wegen Durchbrechung der Friedensverein-
barungen im Bäckereiarbeiterstreik hatte der Verband
gegen die Innung Beschwerde geführt beim zuständigen
Magistratsbezirksamt. Heute konferierte Stadtrat Levin
und ein Magistratskommissar mit Vertretern der Par-
teien. Der Obermeister jagte folgendes zu: Der Ar-
beitsnachweis wird offen gehalten vormittags von 10 bis
12 Uhr und für die sechs am längsten arbeitslosen Ge-
hilfen nochmals von 8 bis 9 Uhr abends. Auch diese
letztere Einrichtung soll dauernd beibehalten werden. Die
Namen der sechs sind im Arbeitsnachweis anzuschlagen.
Ferner wurde der Sprechmeister angewiesen, jeden
Meister, der Arbeitskräfte sucht, zu fragen, ob er nicht
seine alten Arbeiter wieder einstellen will. Der Innungs-
nachweis darf in keiner Weise mit dem Bureau der Gelben
in Verbindung stehen. Einige Streitfälle sollen noch
untersucht werden. Der Vertreter des Verbandes sagte
die Zurückziehung der noch ausstehenden Bohnottplakate
zu. Öffentlich wird die Vereinbarung nun strikte durch-
geführt.

Zur Lohnbewegung der Bäckergehilfen in Fried-
berg. Die Scharfmacher vom Bachtrog in Friedberg rufen
jetzt gleich ihren Kollegen in Frankfurt nach Gummitzäp-
fel und Polizei. Kurzlich wurde ein Flugblatt verbreitet; es
bewirkte, daß verschiedene Scharfmacher außer Rand
und Band geraten sind, nachdem ihnen einige Kunden fort-
blieben. Von den 20 Bäckereimeistern Friedbergs haben bis
jetzt 13 bewilligt; also noch sieben lassen sich von den
Herren Wolf und Engel abhalten, berechnigte Forderungen
der Gehilfen zu bewilligen. Auch die Polizei ist in Tätig-
keit getreten. Ein Unbekannter hat einige Zettel mit der
Aufforderung: „Bürger, Arbeiter, Hausfrauen, kauft nur
in bewilligten Bäckereien!“ an Häuser und Plakatsäulen
angeklebt. Die Polizei geht nun von Bäckerei zu Bäckerei
und beschuldigt die Bäckergehilfen grundlos, daß sie es
getan hätten. Dabei mußte ein Gehilfe von der Arbeit
weg sofort auf die Polizei mitgehen, obwohl auch der
Meister beweisen konnte, daß der Gehilfe um die frag-
liche Zeit nicht fort gewesen war. Also auch in Hessen ist
Polizei Krumpf! Würde die Polizei sonst nur halb soviel
Eifer zeigen, so könnte sie täglich Ueber tretungen der
Bäckereiarbeitgeber durch die Bäckermeister konstatieren.
Den Erfolg der Gehilfen kann auch die Polizei nicht ver-
hindern.

Tariffbewegung in Bad Reichenhall und Berchtes-
gaden. Mit dem 30. April d. J. wurde der im Jahre 1908
abgeschlossene Vertrag gekündigt und am 11. Mai der neu
aufgestellte eingereicht. In einem Begleitschreiben wurde
erlaubt, uns bis 18. Mai mitteilen zu wollen, wann Ver-
handlungen stattfinden können. Diese fanden dann am
18. Mai in Reichenhall statt und kam auch ein neuer Ver-
trag zustande. Als Hauptforderung wurde ein Ruhetag
alle zehn Tage während der Saison verlangt und außer-
dem die Gleichstellung des Milchlohnes mit dem Helferlohn.
Nach einer zweieinhalbstündigen Verhandlung, die zwar auf
beiden Seiten mit Anstand aber Zähigkeit geführt wurde,
erkannten wohl die Meister an, daß eine Lohnerhöhung
gerechtfertigt ist, jedoch der Ruhetag alle zehn Tage nicht
gegeben werden kann. Einer Erhöhung der Ferientage
nach der Saison standen sie aber sympathisch gegenüber.
Nachdem die Gehilfen wohl alles verjücht hatten, die Herren
von der Notwendigkeit eines Ruhetages zu überzeugen,
dies aber von ihrem Standpunkt nicht abgingen, wurde
der Punkt zurückgestellt und mit der Ferienfrage behandelt.
Das Endresultat der Verhandlung war ein Tarifvertrag,
dessen Wortlaut wir in einer der nächsten Nummern
bringen werden. Bis zu einem gewissen Grade kann man
sagen, daß die Herren Meister den Standpunkt vertraten,
daß es den Gehilfen in heutiger Zeit nicht über genommen
werden kann, wenn sie sich ihre Lage zu verbessern suchen.
Nicht so glatt wollte es in Berchtesgaden mit
dem Abschluß eines neuen Vertrages gehen. Mit anonymen
Briefen wurden die Kollegen traktiert und außerdem die
Herren Meister auch in sonstiger Weise beeinflusst. Man

beschloß dann allerdings auch, in Verhandlungen einzutreten, aber ohne Zulassung des Kollegen Hausmann und des Gauleiters. Nachdem letzterer aber den Meistern in dieser Weise Aufklärung gegeben, beharrten sie nicht mehr darauf und konnten am 20. Mai die Verhandlungen gepflogen werden. Die Herren zeigten sich sehr zugetuht. Schließlich kam aber auch hier ein Vertrag zum Abschluß, dessen Wortlaut wir gleichfalls erst später bringen können. Am 20. Mai fand dann nachmittags eine Versammlung statt, die von beiden Orten beinahe vollständig besucht war. Erst sprach Kollege Allmann über die Nachmittags der Unternehmer und hierauf berichtete Kollege Gahner über die beiden Verhandlungen. Nach einer längeren Diskussion erfolgte die Annahme beider Tarife mit der Weisung, daß auch an die Meister der Umgebung diese Tarife in etwas abgeänderter Form eingereicht werden sollen. Mit dem Gelöbniß, die Tarifzeit in jeder Hinsicht auszunutzen, wurde die Versammlung geschlossen. Nicht nur den Gehilfen, sondern auch den Meistern ist es in beiden Orten klar geworden, daß durch Tarife dem Gewerbe genügt ist und wäre zu wünschen, daß diese Ansicht bei der Meisterschaft überall bald pläggreifen möchte.

Der Streik in Magdeburg beendet: Am Dienstag, 17. Mai, fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Nach Bericht über den Stand des Kampfes und die zu treffenden weiteren Maßnahmen. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Gesamtzahl der an dem Kampfe Beteiligten 203 beträgt. Davon arbeiten in 35 bewilligten Betrieben 103 Kollegen, abgereist sind 44, Streikbrecher sind sieben Kollegen geworden; so daß zurzeit noch 49 Streikende vorhanden sind. Redner berichtet dann noch weiter über den Stand der Tarifbewegung im Bezirk der Innung Großotterleben und bemerkt, daß der Backwarenboikott gegen die nichtbewilligten Betriebe einstweilen weitergeführt werde.

Die Debatte über den Bericht war eine äußerst lebhaft und erklärten sich fast alle Redner mit der bisherigen Taktik der Streikleitung einverstanden. Auf Grund des bisherigen Ergebnisses der Bewegung und der gegenwärtigen Situation auf dem Arbeitsmarkt wurde aus der Versammlung heraus der Antrag auf Aufhebung des Streiks gestellt. Nach reger Debatte, in der das Für und Wider des Antrags eingehend besprochen, wurde in geheimer Abstimmung gegen nur 19 Stimmen beschlossen, den Streik für beendet zu erklären. Daraufhin wurde von einigen in bewilligten Betrieben arbeitenden Kollegen der Antrag gestellt, zur besonderen Unterstützung der eventuellen Opfer der badermeisterlichen Scharfmacher bis auf weiteres pro Woche einen Ertragsbeitrag von M 1 zu leisten. Die Abstimmung darüber wurde nur von den in Arbeit Stehenden vorgenommen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. An dieser Solidarität werden auch die Scharfmachergelüste der Innungsführer zerfallen.

Somit wäre also das erste Vorpostengefecht in der ehemaligen „gelben Hochburg“ Magdeburg vorläufig erledigt. Es ist nun endlich auch in dieser mitteldeutschen Großstadt Breche gelegt worden in den bisher fast durchweg vorhandenen Kost- und Logiszwang. Vor allen Dingen hat sich auch unsere Organisation Achtung und Respekt verschafft. Erklärte doch im ersten Stadium der Lohnbewegung der Obermeister Schulze hochmütig: „Wir kennen keinen Verband, wir kennen auch keinen Maché.“ Sie haben den Verband aber kennen gelernt und zwar so genau, daß sie, wenn wir das nächste Mal wieder kommen, uns wohl als alten Bekannten respektieren werden. Eines soll auch noch lobend erwähnt werden, daß sich die Streikenden, was an manchem andern Ort vielleicht nicht in dem Maße der Fall war, tüchtig und unermüdet an den notwendigen Arbeiten beteiligten. Nun gilt es vor allem, das Ererbte zu halten und weiter zu rüsten ohne zu ruhen, damit beim nächsten Kampf der Erfolg ein durchschlagender werde.

Ueber die Tarifbewegung in Großotterleben und Umgegend (Bezirk Magdeburg) berichteten wir bereits in Nummer 20 und konnten das Entgegenkommen und die objektive Haltung der dortigen Innung hervorheben. Die Verhandlungen haben nunmehr zum Abschluß eines Tarifes geführt, welcher unsern Kollegen mancherlei Vorteile gegenüber den jetzigen Verhältnissen bringt und der bis 1. Mai 1912 Geltung haben soll. Wegen Raumangel können wir erst in einer der nächsten Nummern ausführlicher auf ihn eingehen.

Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.

Adresse: **O. Allmann, Hamburg 1, Besenbinderhof 57 (Gewerkschaftshaus).**

- Adressen der Landeszentralen:**
- Amerika.** Otto E. Fischer, 212 Bush Temple, Chicago, Illinois.
 - Australien.** D. Moon, Trades Hall, Sydney.
 - Belgien.** J. Goossens, Gasmeterlaan 6, Gent.
 - Bosnien.** Stojan Devic, Teresiagasse 11, Sarajevo.
 - Dänemark.** (Bäcker.) Z. Friis, Raadmansgade 40, IV, Kopenhagen.
 - (Zuckerwaren- und Schokoladenarbeiter.) P. G. Petersen, Obergade 46, II., Odense.
 - Deutschland.** O. Allmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57.
 - England.** L. Tösch, 10 Lemann-Street, London E.
 - Frankreich.** Syndicat des ouvriers, Biscuitiers, Pain d'épices de la Seine, Paris. (France.), 35 Rue Jean Jacques Rossea.
 - Italien.** G. Agnolini, Via Crozifisso 15, Mailand.
 - Kroatien und Slavonien.** M. Spitzreg, Zagreb (Agram), Ilica 55, I.
 - Niederlande.** J. Goudsmit, 1e Jan van der Heijdenstraat 116, Amsterdam.
 - Norwegen.** Jons Nygaard, Youngsgaden 13, III., Kristiania.
 - Oesterreich.** (Bäcker.) Franz Silberer, Kandl-gasse 12, Wien 7.
 - (Zuckerbäcker.) M. Achaz, Gumpendorferstr. 89, Wien 6.

Schweden. Anders Sjöstedt, Upplandgatan 2, II., Stockholm.

Schweiz. Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter. Zürich III. Seebahnstr. 31.

Ungarn. Koloman Kardics, Rombach utza 6, Budapest.

Die organisierten Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen wollen sich bei Arbeitsangebot nach einem andern Lande an die Landeszentrale um Auskunft wenden, ob dem Antritt der Arbeit etwas im Wege steht und sie event. als Streikbrecher benutzt werden sollen. Auch über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich erkundigen, damit nicht Kollegen in ein anderes Land gelockt werden, um als Lohndrücker unter den ortsüblichen Bedingungen arbeiten zu müssen.

Das Internationale Sekretariat.

Achtung! Seefahrende Kollegen und Auswanderer nach Amerika! Wer in Neuyork zu vorübergehendem oder dauerndem Aufenthalt an Land geht, hüte sich, Agenten usw. in die Hände zu fallen. Man suche sofort Anschluss an die dortigen Organisationen und Verkehr mit den Mitgliedern derselben zu bekommen. Die Verkehrslokale, in denen sich auch die Arbeitsnachweise befinden, sind folgende: **Neuyork:** Bäckerunion Nr. 1, Labor Temple (Volks-haus), Nr. 243 bis 247 Ost 84. Strasse, nahe zweite Avenue.

Neuyork: Bäckerunion Nr. 164, Arbeiterbildungsverein, Nr. 3391 dritte Avenue, nahe 165. Strasse, Bronx.

Brooklyn: Bäckerunion Nr. 3, Labor Lyceum (Volks-haus), Nr. 949 bis 955 Willoughby Avenue, nahe Myrtle Avenue.

Riesenstreik der Bäcker in Neuyork.

Am 1. Mai sind unsere Neuyorker Kollegen zur Erkämpfung des Neunstundentages in den Streik getreten. An dem Ausstände sind über 6000 Kollegen beteiligt. Nach den letzten Mitteilungen ist der Tarif von einer grossen Anzahl Unternehmer anerkannt. Von den organisierten Frauen wurde ein Aufruf an die Hausfrauen erlassen, ihre Waren nur aus den regelten Bäckereien zu beziehen. Möge ein voller Erfolg unsern kämpfenden Kollegen sicher sein!

Sozialpolitisches.

ssc. Der Schnapsboikott im April. Die Wirkung des sozialdemokratischen Schnapsboikotts ist auch in den im „Reichsanzeiger“ soeben veröffentlichten Ziffern über die Erzeugung und den Verbrauch von Alkohol zu erkennen. Es betrug nämlich:

Im April	1909	1910	Zu- oder Abnahme in Prozent
	hl	hl	
Alkoholerzeugung	438572	414446	- 5,5
Trinkverbrauch	175990	139028	- 21,0
Gewerblicher Verbrauch	134232	186553	+ 39,0

Vom Oktober bis April	1908/09	1909/10	Zu- oder Abnahme in Prozent
	hl	hl	
Alkoholerzeugung	3651844	3127726	- 14,3
Trinkverbrauch	1489320	1044188	- 29,9
Gewerblicher Verbrauch	10461251	1182153	+ 12,9

In der Gesamtperiode seit Inkrafttreten der neuen Steuer hat also ein Rückgang des Alkoholverbrauchs zu Trinkzwecken von fast 30 pZt. stattgefunden, im letzten Monat allerdings nur noch ein solcher von 21 pZt. Nimmt man an, daß in den ersten Monaten noch die Vorbereitung der Wirte und Geschäftleute mit Alkohol eine gewisse Rolle gespielt hat, so erklärt sich daraus wenigstens zu einem Teil das scheinbare Nachlassen der Wirkung des Schnapsboikotts. **Die Arbeiter müssen sich gegenüber diesen Tatsachen vor Augen halten, daß ihre Energie in dem zweiseitigen Kampf gegen den Alkohol und die Junker unter keinen Umständen nachlassen darf.**

Außerordentlich gestiegen ist der gewerbliche Verbrauch, im letzten Monat allein um fast 40 pZt. Er übersteigt jetzt den Trinkverbrauch um nahezu ebenso viel, wie im vorigen Jahr der letztere den ersteren überstieg. Trotzdem hat die Gesamt-erzeugung zurückgehen müssen, und zwar in der Gesamtperiode um 14,3, im letzten Monat um 5,5 pZt. Dabei haben wir es nach dem eigenen Geständnis der „Deutschen Tageszeitung“ mit einer durch die billigen Kartoffelpreise verursachten Ueberproduktion an Alkohol zu tun, vor der das Organ die deutschen Schnapsbrenner eindringlich warnt.

Die deutschen Arbeiter können auf dieses Resultat ihres Boikottbeschlusses stolz sein!

Ein Invalidenprozeß sechs Jahre zehn Monate. (Material zur Reichsversicherungsordnung.) Wenn jemand behaupten würde, daß nach den jetzigen Arbeiterversicherungsgeetzen eine arme Arbeiterin fast sieben Jahre um ihre Rente streiten müßte, so würde dies allgemein als maßlose sozialdemokratische Uebertreibung bezeichnet werden, wenn nicht der nachstehende Fall, der sich tatsächlich ereignet hat, Zeugnis für die Richtigkeit dieser Behauptung ablegen würde.

Die Dienstmagd S. wurde am 17. Februar 1903 invalide im Sinne des Invalidenversicherungsgeetzes. Sie war vorher bei mehreren Dienstherrschaften auf dem Lande beschäftigt, die teilweise aus Abneigung gegen das Markenkleben und teilweise aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen die Marken nicht richtig verwendet hatten. Dazu kam noch, daß die Invalidenkarte Nr. 3 nach dem Umtausch, jedenfalls von der betreffenden Gemeindebehörde verloren wurde bezw. sie wurde bei der Versicherungsanstalt nicht eingereicht. Nach Eintritt der Invalidität mußte die Versicherte, bevor ihr Antrag aufgenommen wurde, von einer Stelle zur andern laufen, bis sie nach vergeblichem Hin und Her und nachdem sie die Verfolgung ihrer Ansprüche mehrmals aufgegeben hatte, endlich darauf drang, daß ihr Rentenanspruch am 30. März 1905 aufgenommen wurde.

Die Versicherungsanstalt für Oberpfalz und Regensburg wies aber den Rentenanspruch mit Bescheid vom 5. Fe-

bruar 1906 zurück, weil die Versicherte statt der erforderlichen 200 Beitragswochen nur 159 nachgewiesen konnte. Die Marken der durch Verschulden der Gemeindebehörde verloren gegangenen Karte Nr. 3 rechnete die Versicherungsanstalt nicht an, obwohl eine einwandfreie Bestätigung der Gemeindebehörde vorlag. Gegen den abweisenden Bescheid wurde nun Berufung zum Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für Oberpfalz und Regensburg eingelegt, das die Berufung durch Entscheidung vom 25. April 1906 ohne nähere Prüfung des Sachverhaltes zurückwies, weil statt 200 Beitragswochen nur 173 nachgewiesen seien, die aber zur Erfüllung der Wartezeit nicht ausreichten. Da die Entscheidung des Schiedsgerichts nicht einwandfrei war, wurde Revision zum Reichsversicherungsamt eingelegt, das am 17. Dezember 1906 die Sache an das Schiedsgericht zurückverwies, weil „die Entscheidung des Schiedsgerichts auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes beruhe“.

Am 9. Februar 1907 wurde vor dem Schiedsgericht weiter verhandelt. Auch diesmal konnte das Schiedsgericht keine 200 Beitragswochen zusammenrechnen, weshalb wiederum die Abweisung der Berufung erfolgte. Doch auch diese Entscheidung entsprach den gesetzlichen Bestimmungen nicht, so daß nochmals Revision zum Reichsversicherungsamt eingelegt werden mußte. Das Reichsversicherungsamt hat nach mündlicher Verhandlung am 7. Oktober 1907 die Sache wieder an das Schiedsgericht zurückverwiesen, weil „das Verfahren vor dem Schiedsgericht an dem wesentlichen Mangel unzulänglicher Sachaufklärung gelitten hat“.

Am 15. November 1907 verhandelte das Schiedsgericht zum dritten Male in dieser Sache, stellte diesmal die Verwendung von 177 bezw. 196 Beitragswochen fest, was wiederum zu einer abweichenden Entscheidung führen mußte, weil im günstigeren Falle immer noch vier Beitragswochen fehlen. Da sich die Entscheidung des Schiedsgerichts auch diesmal nicht mit dem tatsächlichen Sachverhalt deckte, wurde wieder Revision zum Reichsversicherungsamt eingelegt. Am 5. Juni 1908 fand vor dem Reichsversicherungsamt die dritte Verhandlung statt, mit dem gleichen Erfolg wie die beiden ersten. Das Schiedsgericht mußte sich nun zum vierten Male mit dieser Angelegenheit befassen. Bei den ersten beiden Zurückverweisungen hat sich das Reichsversicherungsamt darauf beschränkt, dem Schiedsgericht leise Winke zu geben, was weiter zu tun sei, in der dritten Entscheidung ist es etwas deutlicher geworden, es hat dem Schiedsgericht bedeutet, daß „es Pflicht der Instanzen der sozialen Versicherung sei, wenn rechtsunkundige Kläger nicht in der Lage sind, bestimmtere Angaben zu machen, die weitere Aufklärung des Sachverhaltes von Amts wegen herbeizuführen“.

Das Schiedsgericht hat nun eingehendere Erhebungen gepflogen, die ergeben haben, daß jetzt 199 Beitragswochen nachgewiesen sind. Es fehlte also nach der Rechnung des Schiedsgerichts nur noch eine Beitragswoche, und deshalb wies das Schiedsgericht die Berufung am 3. März wiederum zurück. Das Schiedsgericht hat sich aber bei der Zusammenrechnung von sechs Zahlenposten um eine Beitragswoche „verrechnet“, in Wirklichkeit waren 200 Wochen nachgewiesen. Die Folge dieses Rechenfehlers war die erneute Revision zum Reichsversicherungsamt, das nach mündlicher Verhandlung am 12. November 1909 anerkannt hat, daß tatsächlich 200 Beitragswochen nachgewiesen sind und deshalb der Versicherten die Invalidenrente mit Recht zusteht. Die Rente kann aber nicht vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit ab bezahlt werden, weil der eigentliche Antrag auf Gewährung der Rente erst am 30. März 1905 gestellt wurde und nach den gesetzlichen Bestimmungen die Rente nur auf ein Jahr zurück nachbezahlt werden kann. Die Rente wurde nun vom 30. März 1904 ab berechnet für die Dauer von zwei Jahren, weil angnommenerweise vom 1. April 1906 ab die Erwerbsfähigkeit der Versicherten wieder eingetreten ist.

Am 30. Dezember 1909 hat die arme Arbeiterin die Rente für die beiden Jahre im Betrage von M 241,52 ausbezahlt erhalten, hat also sechs Jahre zehn Monate und zwölf Tage auf ihre Rente warten müssen. Hätte sie nicht Angehörige gehabt, die sie für die Zeit der Krankheit erhalten hätten, sie hätte elend verhungern müssen, zur höheren Ehre unserer so viel gepriesenen Sozialversicherung.

Zur endgültigen Feststellung des Anspruches auf Rente hat es vier Verhandlungen vor dem Schiedsgericht und vier Verhandlungen vor dem Reichsversicherungsamt bedurft. Die Versicherungsanstalt hat 159 Beitragswochen angenommen, das Schiedsgericht hat 173 und nachdem es durch die eingelegten Revisionen vom Reichsversicherungsamt von Schritt zu Schritt gedrängt wurde 179, dann 177 bezw. 196 und schließlich 199 Beitragswochen zusammengerechnet, während in Wirklichkeit 200 Beitragswochen nachgewiesen waren. In diesem Prozeß wurden Hunderte von Bogen Papier verschrieben und die Prozeßkosten werden jedenfalls mehr als das Doppelte des ausbezahlten Betrages ausmachen. Der Versicherten wäre es nicht möglich gewesen, den Prozeß durchzuführen, wenn ihr nicht das Arbeitersekretariat Nürnberg, das die Schriftsätze angefertigt, und das Zentral-Arbeitersekretariat Berlin, das die Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt übernommen hatte, beigegeben wären.

Die Reformbedürftigkeit der Arbeiterversicherungsgeetze wurde schon an Dutzenden von Beispielen nachgewiesen. Möge auch das vorstehende Beispiel dazu beitragen, eine Vereinfachung der Bestimmungen der neuen Reichsversicherungsordnung herbeizuführen, damit es auch gezeesunfundigen Versicherten möglich wird, ihr Recht zu suchen und zu finden.

Genossenschaftliches.

Bericht des Tarifamtes vom Zentralverband deutscher Konsumvereine für 1909. In dem erst kürzlich herausgegebenen Tätigkeitsbericht des Tarifamtes wird in ausführlicher Weise die Anerkennung der zwischen unserer Organisation und dem Deutschen Transportarbeiterverband mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine abgeschlossenen Reichstarifverträge besprochen. Nach der Zusammenstellung sind dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 193 Genossenschaften mit Bäckereibetrieben angeschlossen. Von diesen haben am Jahreschluß 1909 den Tarif 126 Vereine mit 104 Backmeistern und 1461

Bäckern, zusammen 1565 Personen, anerkannt. Davon gehören 1544 Beschäftigte unserer Organisation an. Nicht-tariffrei sind 67 Genossenschaften, die 9 Badmeister und 188 Bäcker, zusammen 197 Personen, beschäftigen, von welchen 151 organisiert sind. Von sämtlichen Vereinen sind Zweidrittel tariffrei, die sieben Achtel der Gesamtzahl beschäftigen. Die 67 nichttariffreien Genossenschaften sind größtenteils kleinere Vereine und verteilen sich auf folgende Gegenden: Brandenburg 1, Mitteldeutschland 1, Nordwestdeutschland 5, Rheinland und Westfalen 2, Sachsen 11, Süddeutschland 11, Thüringen 36.

Für den Transportarbeiter tarif kommen 171 Verbände in Frage, von welchen 142 tariffrei sind und 1718 Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Berufes beschäftigen; 29 Vereine haben den Tarif nicht anerkannt. Das Verhältnis ist hier günstiger, als tariffrei kommen fünf Sechstel in Betracht. Außer den Verbänden ist unser Tarif noch mit 7 Genossenschaften abgeschlossen. Zurzeit ist der Vertrag mit 137 Vereinen vereinbart; in Betracht kommen jedoch 242 Genossenschaften mit Bäckereien.

Im Bericht des Tarifamts wird zum Schluß bemerkt: „Die Statistik über die Anerkennung der am 1. August 1909 in Kraft getretenen neuen Tarife weist die erfreuliche Erscheinung auf, daß die erdrückende Mehrzahl aller Bäder und Transportarbeiter, die in den Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beschäftigt sind, in dem Genuße der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen. Der Transportarbeiter tarif gibt zwar die Zahl der in den nicht tariffreien Genossenschaften beschäftigten Transportarbeiter nicht an, aber auch hier handelt es sich durchweg um kleine Vereine, die nur einen oder wenige Transportarbeiter beschäftigen. Insgesamt dürften über 90 pSt. aller technischen Arbeiter der Genossenschaften des Zentralverbandes zu den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten. So erfreulich diese Feststellung ist, so bedauerlich ist es, daß immer noch eine recht große Anzahl von Vereinen den Tarif nicht anerkannt hat. Es läßt sich zwar nicht verkennen, daß ein allgemeiner Reichstarif, der allgemein geltende Bestimmungen enthalten muß, für bestimmte örtliche Verhältnisse gewisse Härten mit sich bringen kann. Diese Härten werden dadurch beseitigt, daß für Abweichungen vom Tarif Sonderabkommen vorgesehen sind. Von den tariffreien Vereinen hat eine nicht geringe Anzahl Sonderabkommen getroffen. Auch die Gewerkschaften haben durch Sonderabkommen, namentlich über die Höhe der Ortszuschläge, in manchen Vereinen eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen über den ursprünglichen Tarif hinaus erzielt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß durch Verhandlungen zwischen dem Genossenschaftsvorstande und zwischen den Gewerkschaften in den allermeisten Fällen eine Einigung herbeigeführt worden ist. Um so bedauerlicher ist es, daß unter den nicht tariffreien Vereinen noch eine ganze Anzahl vorhanden ist, die überhaupt alle Verhandlungen abgelehnt hat, während es mit den übrigen zu einer Verständigung leider nicht gekommen ist. Wir schließen unsern Bericht mit der Hoffnung, daß die nicht tariffreien Vereine im Laufe des Jahres aufs neue mit den zuständigen Gewerkschaftsvorständen in Verhandlungen treten werden, und daß wir in unserm nächsten Bericht die erfreuliche Mitteilung machen können: alle Vereine des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben die auf dem Genossenschaftstage beschlossenen Tarife anerkannt.“

Wir können uns dem voll und ganz anschließen. Das Bestreben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Betrieben mit der in Frage kommenden Berufsorganisation tariflich zu regeln, tritt bei dem fortgeschrittenen Unternehmertum immer mehr in Erscheinung. Um so mehr aber sollen dann die Genossenschaften, die heute schon den Vertrag anerkannt haben, die Aufgabe übernehmen, auf die nichttariffreien Vereine einzuwirken, damit diese ebenfalls der Tarifgemeinschaft beitreten.

Ein vortreffliches Beispiel gab das Personal des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und Umgegend, welches in einer Versammlung beschloß, während der Dauer der Aussperrung der Bauarbeiter pro Mann und Woche M. 1 Unterstützung für diese zu zahlen. Es kommen hierbei auch zirka 150 unserer Kollegen in der Bäckerei in Betracht. Nachahmung wird empfohlen.

Sozialdemokratische Schokolade. In der Altonaer Presse wurde dieser Tage amtsgemäßlich bekanntgemacht: „In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 21 die Genossenschaft unter der Firma „Fortschritt“, Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, mit dem Sitz in Altona, eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Verkauf aller in Zuckerwaren- und Schokoladenbranche einschlagenden Waren. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen im „Hamburger Echo“. Sollten in diesem Blatt aus irgendwelchen Gründen die Bekanntmachungen nicht erfolgen können, so tritt an dessen Stelle der „Reichsanzeiger“, bis die Generalversammlung ein anderes Blatt bestimmt hat.“

Der in Rede stehende „Fortschritt“ wurde vor zirka fünf Jahren durch Mitglieder des früheren Konditorenverbandes gegründet und hat nach Ueberwindung der ersten schweren Jahre sich so gut entwickelt, daß er in den bisherigen Mieträumen unmöglich noch länger arbeiten kann. Es wurde deshalb zum Bau eines eigenen Heimes geschritten, das, auf Altonaer Gebiet gelegen, jetzt seiner Vollendung entgegengeht und allen Ansprüchen einer modernen Anlage genügen wird. Es soll denn auch bald die Herstellung von Schokoladen- und Kakaowaren in Angriff genommen werden, und die Genossenschaft hat deshalb vor einiger Zeit ihre Firma geändert bzw. ergänzt und aus Zweckmäßigkeitsgründen auch ihren Geschäftssitz von Hamburg nach Altona verlegt. Darauf beruht die amtsgemäßliche Bekanntmachung.

Wie sehr aber gewisse Kreise dem Genossenschaftswesen im allgemeinen und somit auch dem „Fortschritt“ gram sind, geht daraus hervor, daß die „Hamburger Nachrichten“ diese Bekanntmachung in der Nummer vom 14. Mai (Abendausgabe) abdruckten, sie mit der Spitzmarke: „Sozialdemokratische Schokolade“ versehen und ihr dann noch folgendes Dämmerichwänzchen anhängen:

„Diese Meldung wird namentlich die interessieren, die mit unsern Vereinten Liberalen die Existenz des gewerblichen Mittelstandes von der Rundschaft der Arbeiterschaft abhängig machen.“

Weiläufig erinnern wir an unsere Meldung vom Donnerstag, daß in Altona eine Bau- und Grundstücks-erwerbs-Genossenschaft gegründet worden ist, deren Hauptmacher (wie bei obiger Schokoladenfabrik) Hamburger sind und deren Publikationsorgan auch das „Hamburger Echo“ ist, der sozialdemokratische Staatsanzeiger.“

Die letzten Ausführungen beziehen sich auf eine Genossenschaft, die gleichfalls in der Arbeiterschaft ihre Wurzeln schlägt und selbstverständlich als Publikationsorgan auch den „sozialdemokratischen Staatsanzeiger“ (das „Hamburger Echo“) wählte. Jedenfalls hofft der Stribent des Scharfmacherorgans, durch die schöne Einnahme, die er der „Fortschritt“-Schokolade zugebacht hat, den gewerblichen Mittelstand von ihrem Genuß abzuhalten — er dürfte sich jedoch schwer täuschen! Diese Kreise nehmen sich vernünftigerweise auch immer mehr die organisierte Arbeiterschaft zum Beispiel und decken ihren Bedarf dort, wo Qualität und Preis der Waren in reellem Einflang stehen und wo das im Betrieb tätige Personal außerdem, gewerkschaftlichen Grundsätzen entsprechend, anständig bezahlt wird.

* Anzeigen. *

Nachruf.

Am 5. Mai verstarb plötzlich unser Mitglied, der Konditor

Xaver Weiss

im Alter von 48 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,60]

Zahlstelle München.

Nachruf.

Am 15. Mai verstarb unser Mitglied, der Bäcker

Joseph Teuber

im 32. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,60]

Der Vertrauensmann für Berlin.

Unsern lieben Freund und Vertrauensmann für Hennigsdorf a. d. S., **Hans Bessler** nebst seiner lieben Braut **Frieda Bros** die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung. [M. 2] Einige Duzend Bäcker.

Wir suchen zum Antritt per 1. Juli d. J. für unsere Bäckerei einen tüchtigen

Schichtführer und Expedienten,

der im Rechnen und Schreiben gut bewandert und auch in der Weißbäckerei gute Erfahrungen besitzen muß. Betreffender hat Aussicht, später die Stelle als **Badmeister** zu bekommen.

Bewerber, welche glauben, daß sie die Fähigkeiten zu diesem Posten haben, werden gebeten, sich **schriftlich** unter Angabe der seitherigen Beschäftigung und der Lohnforderung bei uns zu melden. [M. 11,50]

Konsumverein für Weißenfels und Umgegend.

Eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftpflicht.

Vertreter an allen Orten für **patentierter Backreier** bei hoher Provisionsgehalt. Nähere Auskunft erteilt **Fr. Liebl**, Schreinermeister, Augsburg, Helmschmidstr. 2. [M. 2,50]

Brotgeschäft wegen Krankheit billig zu verkaufen. Umsatz M. 350 pro Woche. Bäcker hilft. [M. 2] Offerten unter **J. T.**, postlagernd Hamburg 1.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 29. Mai:

Alten: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirschen“. — **Baut-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Held, Grenzstr. 34. — **Bahrenth:** Im Restaurant „Kaiserhof“, Kulmbacherstraße. — **Hennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann. — **Sonneberg:** 3 Uhr bei Kühner in Neuses, Geleitsstraße. — **Vegeßack:** 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55.

Mittwoch, 1. Juni:

Hamburg-Altona (Seefahrer): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberjochstr. 15. — **Höchst a. M.:** 2 Uhr bei Pump, Königsteinerstr. 65. — **Schwabach:** Bei Hoffmann, Zum Balfisch. — **Wexlar:** 3 Uhr bei Reinhardt, Silhofenstraße.

Donnerstag, 2. Juni:

Berchtesgaden. — **Braunschweig** (Konditoren): 8½ Uhr „Zur Traube“, Frankfurterstr. 84. — **Chemnitz:** 3½ Uhr im „Annengarten“, Annenstraße. — **Danzig:** Bei Schag, Fischmarkt 6. — **Forst i. d. L.:** Bei Sademann, „Nachtarbeiter“, Bahnhofstr. 26. — **Frankfurt a. M.** (Nachtarbeiter): 1 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Freiburg i. Br.** (Sektion D): 3 Uhr „Zum Storch“, Schiffstraße. — **Guben:** „Zum Fürsten Blücher“, Zindelplatz. — **Karlruhe:** 3 Uhr im Hotel „Karlruhe“, Akademiestr. 30. — **Ludenswalde:** 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Veitstr. — **Meß:** Im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße. — **Pirmasens:** „Zur Traube“, Schloßstraße.

Freitag, 3. Juni:

Braunschweig (Bäcker): 3½ Uhr „Zur Stadt Rendsburg“, Auguststraße.

Sonntag, 4. Juni:

Cassel (Fabrikbranche): Im Gewerkschaftshaus, Wolfshagerstr. 5. — **Frankfurt a. M.** (Tagarbeiter): 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Freiburg i. Br.** (Konditoren, Sektion II): 8 Uhr „Zur Lesingstraße“, Hummelstraße. — **Leipzig** (Konditoren): 8 Uhr im Volkshaus, Zeigerstr. 32. — **Stettin** (Konditoren und Tagbäcker): Bei Albert Liptow, König-Albertstr. 43.

Sonntag, 5. Juni:

Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstraße. — **Brandenburg:** Vorm. 11 Uhr im „Deutschen Haus“, Steinstr. 32. — **Bremerhaven:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Dortmund:** 3 Uhr „Zur Reichskrone“, Mühlenstraße 6. — **Düsseldorf:** Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — **Eisenach:** 3 Uhr „Zum goldenen Engel“, Katharinenstraße. — **Flensburg:** 2 Uhr bei Sinn, Nordtor-Bierhalle. — **Frankfurt a. d. O.:** Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — **Frankfurt:** 3½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorferstraße. — **Hof:** Im Gasthof Glaser, Sophienburg. — **Silbesheim:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gothenstr. 23. — **Landesberg a. d. W.:** 2 Uhr bei N. Daber, Moltkeplatz. — **Lübeck:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — **Meuselwitz:** 3 Uhr „Zum Deutschen Kaiser“. — **Potsdam:** 2 Uhr bei Puschinski. — **Rostock:** 2½ Uhr Beguinenberg 10. — **Saarbrücken:** 3 Uhr im „Tiboli“, Gerberstr. 26. — **Schmölln:** 2 Uhr „Zur Germania“, Grimmitzauerstraße. — **Schwerin:** 4 Uhr bei W. Decken, Großes Moor 51. — **Suhl:** 3 Uhr im Dombergs „Anficht“. — **Tangermünde:** 3 Uhr „Zum Kaiserhof“, Langestr. 47. — **Ulm:** 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — **Vegeßack:** 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55. — **Weimar:** 3 Uhr im Volkshaus.

Montag, 6. Juni:

Bieren: Bei Hahn, „Zum Kaiser Karl“, Kaiserstraße.

Dienstag, 7. Juni:

Nürnberg (Bäcker): 5½ Uhr im „Historischen Hof“. — **Offenbach:** 3 Uhr im „Zum goldenen Stern“. — **Paffau:** „Zum goldenen Bär“, Gr. Klingergasse. — **Regensburg:** „Zur Schillerlinde“, Glodenstr. B 31. — **Rudolstadt:** 8½ Uhr „Zum Gambrius“. — **Stuttgart:** 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Glingerstr. 17.

Mittwoch, 8. Juni:

Augsburg: Zum Wittelsbacher Hof, Jesuitengasse. — **Cöln a. Rh.** (Weißbäcker): 3½ Uhr im Volkshaus, Severinsstraße. — **Crimmitschau:** 5 Uhr in der Zentralherberge. — **Hamburg-Altona** (Seefahrer): 8½ Uhr bei Lüssenhop, 1. Bergstr. 7. — **Homburg v. d. S.:** 5 Uhr bei Kappus, „Zur neuen Brücke“. — **Lüneburg:** 2 Uhr bei Wulf. — **Plauen i. Vogtl.:** 5 Uhr im „Schillergarten“. — **Stralsburg i. Ostpr.** (Bäcker): Schiffleutchen 7, im „Vogelgesang“. — **Striegau i. Schl.:** In Sauters Lokal, Wilhelmstraße. — **Waldeburg i. Schl.:** „Zur Sandmühle“.

Donnerstag, 9. Juni:

Cassel: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wolfshagerstr. 5. — **Erlangen:** „Zum goldenen Hecht“, Glodenstraße. — **Gotha:** 3 Uhr im Volkshaus, „Zum Wöhren“. — **Hamburg-Altona** (Weißbäcker): 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Hanau:** 3 Uhr „Zur Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. — **Karlruhe** (Öffentlich): 3 Uhr im Hotel „Karlruhe“, Akademiestr. 30. — **Kaiserlautern:** 4 Uhr „Zur Burg“, Steinstraße 20. — **Magdeburg** (Bäcker): 3½ Uhr im „Sachsenhof“. — **Marctredwitz:** „Zum Adler“. — **Schönebeck:** Im „Bürgerhaus“, Breiterweg. — **Wernigerode:** „Zur Stadt Braunschweig“, Hindersinstraße. — **Würzburg:** 3 Uhr „Zum goldenen Hahn“.

Sonntag, 11. Juni:

Hamburg-Altona (Großbäcker): 8½ Uhr bei Planeth, Michaelstr. 50. — **Magdeburg** (Konditoren): 8 Uhr im „Sachsenhof“. — **Nemtscheid:** 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Wismarstraße.

Sonntag, 12. Juni:

Altenburg: 2½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Bergedorf:** 4 Uhr im „Deutschen Haus“, Sachsenstraße. — **Bernburg:** Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — **Essen a. d. R.:** 3 Uhr im Restaurant „Bürgerhalle“, Rottstr. 39. — **Görlitz:** 2½ Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 27. — **Hagen-Schwerte:** Vorm. 10½ Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstraße. — **Halle a. d. S.:** 3 Uhr „Zu den drei Königen“, Kl. Klausstraße 7. — **Perford:** Vorm. 9½ Uhr bei Hiller, Brüderstraße 2. — **Teua:** 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Neuß:** Vorm. 11 Uhr bei Franz Reimers, Furterstr. 110. — **Oldenburg:** 4 Uhr bei Schumacher, Kurbitstr. 28. — **Osnabrück:** Vorm. 10 Uhr bei Geritzen, „Osnabrücker Hof“, Kollegienwall. — **Solingen:** Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besevinderhof 57. — Verlag von D. Minnann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Luer & Co. in Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Quittung.

Vom 16. bis 22. Mai gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für April: Zahlstelle Düsseldorf M. 204, Marburg 14, Erfurt 18,40, Waldburg 26, Oldenburg 39,40, Cottbus 38,80, Rudolstadt 26, Freiburg i. B. 78,60, Leisnig 16, Lüneburg 40, Kaiserslautern 40, Blauen 65,30, Uetersen 29, Ilmenau 50,40.

Von Einzelnachzahlern der Hauptkasse: F. S. = Derebro M. 13,50, J. B. = Neehoe 25, P. S. = Stadthagen 15, S. G. = Feldberg 5.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse Berlin M. 11,30, Zahlstelle Cassel 3,90, Freiburg i. B. 4,80, Uetersen 3, C. W. = Hennigsdorf 2,10, F. L. = Augsburg 2,50, M. B. = Berlin 10,50, D. C. = Berlin 2,50, S. A. = Hamburg 31,20, F. A. = Sande 3.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Zahlstelle Bremen M. 10, Kaiserslautern 2, P. B. = Neugersdorf 8.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Heute ist der 22. Wochenbeitrag (29. Mai bis 4. Juni) fällig.

Am 4. Juni ist der 23. Wochenbeitrag (5. bis 11. Juni) fällig.

Letzterer ist der erste Beitrag im neuen Vierteljahrhundert! Es möge kein Mitglied dieses mit Beitragsrückständen beginnen!

Aus den Bezirken.

Adressenänderungen.

Cassel. Kassierer: G. Ohlwein, Martinstr. 5, 2. St.
München. Verbandsbureau: Aventinstr. 2/0. Alle Zusendungen sind an Joseph Diermeier zu richten.

Oldenburg i. Gr. Kassierer: K. Meuterobdt, Schillerstr. 6.

Weslar a. d. L. Vorsitzender: G. Gramlich, Kornmarkt 1.

Sterbetafel.

Berlin. Joseph Teuber, gestorben am 15. Mai im Alter von 32 Jahren.

München. Xaver Weiss, Konditor, gestorben am 5. Mai im Alter von 43 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Aus der Konditorei-

Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Der Gewerbeverein (Girisch-Dunker) der Konditoren, Bäcker, Müller und verwandter Berufe geht nach dem Jahresbericht in Nr. 38 des „Gewerbeverein“ den ständigen Krebsgang tapfer weiter. Die Mitgliederzahl von 135 bezeichnete das Jahr 1907, sie stieg auf 187 im Jahre 1908 und sank im Berichtsjahr 1909 auf 112 herab. Das bedeutet einen Mitgliederverlust von 75 = 40 pSt. Unser Verband hatte in dieser Zeit eine Zunahme von 2152 Mitgliedern oder 11,7 pSt. zu verzeichnen. Der Rückgang der Girische ist ein deutlicher Beweis, daß die Berufskollegen sich endgültig von den nichtleistungsfähigen Vereinen abgewandt haben und dort hingehen, wo ihre Interessen tatkräftig vertreten werden. Bei dem Industrieverbanden für die Lebensmittelarbeiter — dies will das süße Grüppchen vorstellen! — ist dies natürlich nicht der Fall, weil dort die schneidigen Offiziere über keine Soldaten verfügen. Oder hat man jetzt das neue Mittel zur Belebung des verrotteten Wesens gefunden? Vielleicht! In ihrem „Vereinsblatt“ zeigt sich jetzt nämlich eine kleine Umwechslung im Titel der „Organisation“. Während früher zu lesen war: „Verein deutscher Konditoren, Pfefferkuchler, Bäcker, Müller und verwandter Berufe“, heißt es jetzt: „Verein deutscher Bäcker, Pfefferkuchler, Müller und verwandter Berufe“. Man hat also die Konditoren aus dem Titel hinausgeschmissen, was wir gar nicht nett finden, nachdem sie in Sorgen um das Schmerzenskind zum Teil ergraut sind. Aber jedenfalls geht der Titel jetzt reißend, und wenn aus dem Bäckerberufe die Kolonnen herangeströmt sein werden, so wird man die Müller an die Spitze stellen. Wenn das nichts hilft — was dann?

„Hier werden Arbeiterinnen bei hohem Lohn angenommen.“

(Schluß.)

„Gerade weil ich einen bessern Lohn habe, halte ich es für meine Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß meine Arbeitskollegen und Kolleginnen ebenfalls einen bessern Lohn erhalten.“ erwiderte nach einer Weile der Laborant.

„Ich würde das nicht machen; was kümmern mich die andern! Die Hauptsache ist doch, daß ich einen guten Lohn habe.“

„Anna, wie nennen Sie das, daß man Ihnen jetzt wieder Ihren Affordlohn gekürzt hat?“

„Ja, das ist sehr schief, wo wir doch so arbeiten müssen. Wir sprechen den ganzen Tag kein Wort, wir wagen es nicht, uns anzusehen und fühlen uns ganz zerschlagen, wenn Feierabend ist, und dann wird uns, weil wir einige Pfennige mehr verdienen, noch abgezogen. Das nenne ich gemein!“

„Und doch hat der Unternehmer nur so gehandelt, wie Sie und so viele andere wollen.“

„Wie wir wollen? Wieso?“

„Nun, der Unternehmer sagt dasselbe, was Sie sagen.“

„Ach, Unsinn, was habe ich denn gesagt?“

„Nun, sagten Sie nicht, Ihnen könnte es gleich sein, was die andern verdienen, wenn Sie nur recht viel verdienen. Was kümmern mich die andern?! Genau so, Anna, denkt der Unternehmer und handelt auch so. Was kümmern ihn die Arbeiter, die ihr Leben elend durchschlagen müssen, wenn nur er, er recht viel verdient!“

„Ich muß Ihnen wirklich Recht geben; habe noch nie so richtig darüber nachgedacht, und jetzt wird es mir klar. An uns selbst liegt es; wir tragen selbst die Schuld, wenn es uns nicht besser geht. Noch so manches müßte anders werden —“

„Gewiß, auch ich will noch mehr! Die Affordarbeit müßte beseitigt werden, die Visitation muß verschwinden, die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt werden —“

„Na, dann würden wir aber doch wieder weniger verdienen.“

„Nein, nein, mit der Verkürzung der Arbeitszeit wird die Erhöhung des Lohnes kommen! Auch die Kautions, wie sie zum Beispiel noch bei uns ist, muß abgeschafft werden!“

„Ja, das ist ein Skandal, ich habe mir auch zwölf Wochen lang jede Woche 50 \mathfrak{M} für Kautions abziehen lassen müssen.“

„Wir Männer müssen jede Woche eine Mark zahlen. Das Geld wird nicht verzinst und der Unternehmer macht sein Geschäft damit.“

„Das, was Sie wollen, ist gut, ist schön, und möchten wohl alle gern; aber wie kann das alles geschehen? Sie wollten es. Der Unternehmer hat es bemerkt und hat Sie nun darum entlassen, wenn er es auch nicht gesagt hat. Jetzt sind Sie wieder arbeitslos und können doch nun nichts mehr wollen.“

„Haben Sie noch nie etwas von einem Verband gehört?“

„Doch, schon einige Male wurden vor unserer Fabrik Flugblätter ausgeteilt. Wir sollten in eine Versammlung kommen, dort sollte ein Mann über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse sprechen.“

„Waren Sie in der Versammlung?“

„Nein, ich bin nicht hingegangen!“

„Warum nicht?“

„Es wurde uns gesagt, der Chef sehe es nicht gern, wenigstens unser Meister sagte so.“

„Können Sie es wohl nun begreifen, warum es der Chef nicht gern gesehen hat?“

„Ja, es ist mir schon einiges klar geworden. Wir hätten uns vielleicht dem Verband angeschlossen.“

„Wir?“

„Nun ja. Bei uns in der Abteilung sind alle schon lange nicht mehr zufrieden. Aber warum fragen Sie: wir?“

„Nun, das werden Sie gleich begreifen. Wenn Sie allein organisiert sind, kann Sie der Unternehmer entlassen, wenn wir aber alle organisiert sind, dann?“

„Ja dann! Alle kann er freilich nicht hinauswerfen!“

„Ganz richtig!“

„Sehen Sie, jetzt will ich Ihnen aber doch beweisen, daß Sie falsch denken. Glauben Sie denn wirklich, bei uns ist die Einigkeit so stark? Wenn das wäre, möchte es gut sein, aber eben das ist es nicht. Sie sollten mal bei uns mitarbeiten, dann könnten Sie sehen, daß eine Einigkeit nicht da ist.“

„Ich weiß, daß dies überall der Fall ist, und doch habe ich recht; die Organisation wird Einigkeit schaffen! Sie selbst, Anna, müssen bestrebt sein, mitzuhelfen, daß Einigkeit in den Reihen der Arbeiterinnen eintritt, Sie müssen sich zunächst selbst organisieren!“

„Ich allein?“

„Ja, Sie allein. Sie müssen den Anfang machen, und dann versuchen, ihre Freundinnen mit zu überzeugen, und so fort. Überall muß ein Anfang gemacht werden. Sie dürfen nicht wankelmütig werden; müssen sich mit Geduld wappnen. Dann werden wir bestimmt zum Ziel kommen.“

„Aber ich, so allein, kann doch nichts ausrichten. Sie konnten doch auch nichts erreichen!“

„Anna, würden Sie jetzt dem Verbands beitreten, wenn ich Sie dazu aufforderte?“

„Nun ja — ich würde es tun.“

„Nun, dazu sollen Sie bald Gelegenheit haben. Aber nun müssen Sie doch auch einsehen, daß ich doch etwas erreicht habe!“

„Und das wäre?“

„Daß ich Sie von heute an Verbandskollegin nennen kann.“

„Ja, das können Sie, und ich werde auch versuchen, noch mehr in den Verband zu bekommen.“

„So habe ich weiter erreicht, daß jetzt, nachdem ich entlassen wurde, im Betriebe Sie dafür sorgen werden, daß die Kollegen und Kolleginnen sich doch dem Verband anschließen und schließlich eine Macht bilden und als solche eine bessere Zukunft für sich erringen werden.“

„Das werde ich tun! Wenn ich erst einmal überzeugt bin, recht zu handeln, lasse ich mich dann auch durch nichts abhalten. Haben Sie jedoch schon daran gedacht, was Sie nun in Zukunft tun werden. Oder haben Sie schon Arbeit in Aussicht?“

„Leider noch nicht. Einige Wochen wird es wohl dauern, ehe sich etwas Passendes findet.“

„Etwas Passendes?“

„Ja, dem ersten besten möchte ich mich nicht in die Arme werfen und bei ihm arbeiten.“

„So haben Sie wohl einige Mark gespart und können nun einige Wochen davon leben?“

„Das sparen, wie Sie es meinen, habe ich nicht können, aber ich werde unterstützt.“

„Gibt der Verband auch Unterstützungen?“

„Ja, die gibt er. Und schon einige Male bin ich in die Lage gekommen, Unterstützung zu erheben! Das ist unser gutes Recht. Die Unterstützungseinrichtungen sind gut ausgebaut und Sie werden sie ja, wie auch die andern Bestimmungen, im Verbandsstatut bald kennen lernen und Gelegenheit haben, mehr zu hören und über alles Bescheid zu erhalten; über unsere Ziele, unsere Kämpfe und Siege, sobald Sie unsere Versammlungen besuchen.“

„Ich komme bestimmt!“

„Bringen Sie dann Ihre Freundinnen mit! Fordern Sie auch diese auf, dem Verbands beizutreten! So wollen wir weiter arbeiten, und wir werden bald groß und stark, werden eine Macht bilden, und eine bessere Zukunft wird uns entgegenleuchten. Wert genug, um unsere ganze Kraft einzusetzen! Vergessen Sie nur nicht, daß nicht nur jeder Arbeiter, sondern auch jede Arbeiterin die Pflicht hat, für eine bessere Zukunft mitzuarbeiten, wenn uns in Zukunft ein so bitteres Leben erspart bleiben soll. Und der Weg ist leicht, wenn wir nur wollen!“

Die beiden trennten sich jetzt an einer Straßenkreuzung, und die Arbeiterin schritt sinnend weiter. Sie hat aber Wort gehalten!

Stimmen zum Verbandstage.

Die Anträge zum Verbandstag liegen nun vor und kann man daraus ein Bild entnehmen, daß das Interesse an der Entwicklung des Verbandes ein sehr reges ist. Die eingelaufenen Anträge sind so zahlreich, daß der Verbandstag Arbeit in Hülle und Fülle bekommen wird. Im Gegenjag zur Redaktion bin ich nun der Meinung, daß es jedenfalls nichts geschadet hätte, wenn die „Stimmen zum Verbandstage“ in der Presse etwas früher, und zwar aus den verschiedenen Gegenden des Reichs eingesetzt hätten, vielleicht wären die so sehr verschiedenen Anträge unterblieben. (Wir haben bisher noch nichts geschrieben, woraus der Gegenjag zu meiner Meinung herausfinden könnte. D. Red.) Der Hauptpunkt des Verbandstages ist zweifellos die Einführung von Staffelleistungen. Wenn es auch nicht der Hauptgrund ist, der mich zum schreiben dieses veranlaßt, so kann ich doch nicht umhin, einige wichtige Punkte, und zwar gegen die Staffelleistung, anzuführen. Im Grunde genommen sind ja gewissermaßen heute schon Staffellen vorhanden im Verbands, und zwar die 25 \mathfrak{M} -, 50 \mathfrak{M} - und mit den Extrabeiträgen die 60 \mathfrak{M} -Staffel. Die letztere dürfte wohl heute schon von einer sehr großen Anzahl von Mitgliedern bezahlt werden. Nun liegt die Sache bei der Staffelleistung so, daß die höheren Beiträge von den älteren oder besser bezahlten Mitgliedern und die niederen von den schlechter entlohnten oder jüngeren Mitgliedern bezahlt werden sollen. In der Arbeiterbewegung liegt nun die Sache so, daß vornehmlich die älteren Mitglieder auch noch zu andern Zwecken Beiträge opfern müssen als zum Verbands. Politische Vereine, Bildungsvereine, Sportvereine usw. ruhen auf den Schultern der älteren Mitglieder oder Arbeiter, während die jüngeren Mitglieder außer dem Gewerkschaftsbeitrag kaum noch einen andern Beitrag leisten, wie ich es aus Erfahrung weiß. So habe ich beispielsweise eine monatliche Ausgabe von etwas über M 5 zu entrichten für Gewerkschaft, Zeitschriften und Vereine, und das sind sicherlich keine überflüssigen Ausgaben. Eine Spezialisierung der einzelnen Posten unterlasse ich aus gewissen Gründen. Ein großer Teil der Einsender zum Verbandstage hat zu sehr vom Bäckerstandpunkte aus geschrieben. Man muß bedenken, daß es sich hier um einen Industrieverband handelt, und das Bestreben des Hauptvorstandes, die Kasse hierfür zu stärken, ist wohl zu verstehen und anzuerkennen; denn als Industrieverband haben wir wirklich noch einen sehr geringen Kassenbestand im Vergleich zu andern Industrieverbänden. Die Angriffsfläche des Industrieverbandes ist eben eine weit größere als beim Fachverband, und das heutige Unternehmertum weiß das wohl auszunutzen. Die Kämpfe werden in andern Industriezweigen als beim Bäckergewerbe eben kostspieliger und schwieriger werden, und dementsprechend muß auch der Kassenbestand ein imponierender werden. Dennoch glaube ich, daß das Experiment des Staffelleistungs zu umgehen ist. Man könnte ganz gut den 50 \mathfrak{M} -Beitrag beibehalten. Mitglieder, die 40 \mathfrak{M} bezahlen, werden sich vor den 50 \mathfrak{M} auch nicht drücken. Nun könnte der Hauptvorstand Lohngebiete begrenzen, in denen der Ortszuschlag von 10 \mathfrak{M} , also der 60- \mathfrak{M} -Beitrag zu erheben ist. Besonders opferwillige Mitgliedschaften, z. B. Hamburg, Dresden, Essen usw. könnten ja einen Extrabeitrag von 20 \mathfrak{M} bezahlen. Auf diese Weise würde das verwaltschaftlich schwierige Problem der Staffelleistungs zu umgehen sein. Auch sonst sieht der Staffelleistung einer Versicherung weit ähnlicher als einer Kampfsorganisation.

Edmund Grömling, Bochum.

Es ist eine leider nur zu wahre Tatsache, daß die an sich reichhaltigen wirkenden Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes von einzelnen gewissenlosen Elementen zum Schaden der andern Kollegen mißbraucht werden. Da nun voraussichtlich durch die Verbandsstagsdelegierten eine Neuregelung der Unterstützungssätze vorgenommen wird, wäre es nicht unmöglich, gleichzeitige zweckentsprechende Bestimmungen ins neue Statut zu setzen, die dieses Uebel nach Möglichkeit verhindern. Es wäre nur nötig, zu bestimmen, daß Mitgliedern, die öfter ausgeteilt sind, die Zahl der Unterstützungstage gekürzt wird. Selbstverständlich müßte eine bestimmte Skala hierfür aufgestellt werden. Seither war es möglich, mehr Unterstützung zu beziehen als man Beitrag leistete; diesen unnatürlichen Zustand ändert auch der neue Entwurf des Vorstandes nicht. Es ist also Sache der Delegierten, den Entwurf zweckentsprechend zu ergänzen. Wenn ich drei Jahre hintereinander ausgeteilt bin, ist es doch zweifellos unvernünftig, mit im vierten ebensoviele Unterstützung zu zahlen als meinem Kollegen, der gleichzeitig mit mir in den Verband eintrat

und bisher noch keinen Pfennig Unterstützung bezog. Hier schon einen bestimmten Vorschlag zu machen, ist nicht möglich, da dies erst auf Grund der neuen Unterhaltungsfrage möglich und die Wirkung genau zu berechnen ist. Zu dem andern, sehr wichtigen oder, besser gesagt, wichtigsten Punkt der Tagesordnung des Verbandstages, der Beitragsaufstellung, sei kurz bemerkt, daß man an „maßgebender Stelle“ anscheinend noch gar nicht daran dachte, welche Arbeit den Kassierern dadurch entsteht und welches „Durcheinander“ da manchmal in kleineren Zahlstellen im Abrechnungsbuch von neugebackenen Kassierern angerichtet werden wird. Wenn die Beitragsaufstellung in der vorgeschlagenen Form angenommen wird, folgt unzweifelhaft die Neue auf dem Fuße. Ueänderungsvorschläge sind genügend gemacht, und hoffentlich haben die Delegierten Scharfblick und Rückgrat genug, um das Beste herauszufinden und durchzuführen. Daß der Verbandstag nur alle drei Jahre stattfinden soll, ist nur dann möglich, wenn gleichzeitig die Befugnisse der Hauptverwaltung erweitert werden. Ob das dienlich wäre, möchte ich füglich bezweifeln. Das hätten eher die Zahlstellen nötig, vor allem in bezug auf Anstellung von Beamten, Wahl ihrer Vorstände und Beschlüsse, betreffend Lohnbewegungen. **Prof. Nau, Mannheim.**

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Am der Statistik über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden haben sich im ersten Vierteljahr 1910 insgesamt 55 Verbände beteiligt, von denen aber sieben ihre Nachweisungen nicht rechtzeitig einbrachten. In den 48 berücksichtigten Verbänden mit 1 484 601 Mitgliedern waren am Schlusse des Quartals als arbeitslos gemeldet 21 908 am Ort, 2781 auf der Reise, das sind insgesamt 24 684, oder 1,7 vom Hundert. Am Schlusse der achten Vierteljahrwoche stellten sich die entsprechenden Zahlen auf 28 707 und 2461, am Schlusse der vierten Vierteljahrwoche auf 34 807 und 2673. Die Verhältniszahlen sind darnach 2,6 vom Hundert am Schlusse der vierten, 2,2 vom Hundert am Schlusse der achten und 1,7 vom Hundert am Schlusse der dreizehnten Vierteljahrwoche. Am Ende des ersten Quartals 1909 war der Stand der Arbeitslosenziffer 8,5, 1908: 2,5. Hieraus ist ersichtlich, daß die Arbeitslosigkeit, nachdem sie Ende Januar noch ebenso hoch war wie Ende Dezember 1909, seitdem abgenommen hat und Ende März bereits geringer war als am den parallel laufenden Stichtagen der Jahre 1909 und 1908.

Diese rohen Ziffern geben jedoch kein genaues Bild von der wirklichen Lage, das erhält man erst bei Betrachtung der einzelnen Verbände und bei Berücksichtigung der Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Gestaltung der Arbeitslosenziffern der einzelnen Verbände ergibt, daß von den 48 berichtenden Verbänden mehr als 3 pSt. Arbeitslose aufweisen am

29. Januar 1910: 16 Verbände mit 318 805 Mitgliedern = 22 pSt.	Im ersten Vierteljahr 1909..... = 74
26. Februar 1910: 12 Verbände mit 135 651 Mitgliedern = 9	Im ersten Vierteljahr 1909..... = 75
2. April 1910: 9 Verbände mit 62 582 Mitgliedern = 4	Im ersten Vierteljahr 1909..... = 62

der erfaßten Gesamtmitgliedszahl. Aus diesen Zahlen geht deutlich die im Laufe des Berichtsquartals eingetretene erhebliche Besserung hervor.

Unter den Verbänden, die am Quartalschluß noch mehr als 3 pSt. Arbeitslose aufweisen, befindet sich auch unser Verband. Wir hatten am 2. April d. J. 5,3 pSt. Arbeitslose am Ort und auf der Reise, gegen 5,6 pSt. im Vorjahr und 6 pSt. am 1. Januar d. J.

Die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals beträgt diesmal, alle Verbände zusammengenommen, 8,7 v. H. Sie ist um 4,0 niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und auch noch niedriger als im ersten Quartal 1908. Unser Verband hat die durchschnittliche Verhältniszahl weit überschritten, wir haben 20,3 pSt. Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Im vierten Quartal 1909 war diese Zahl die gleiche; gegen das erste Quartal 1909 ist ein kleiner Rückgang eingetreten. Mit Ausnahme von drei Verbänden (Zigarrenfortierer, Gutmacher, Xylographen) ist durchweg eine Besserung eingetreten. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Berichtsquartal war bei allen Verbänden 1 878 406 Arbeitslosentage am Ort, 120 428 auf der Reise, insgesamt 1 998 834 Arbeitslosentage. Da 124 007 Fälle von Arbeitslosigkeit gemeldet waren, beträgt die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosentages 18 Tage. In unserm Verband waren im ersten Quartal 3543 Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug 62 855; die Dauer eines Arbeitslosentages beträgt also im Durchschnitt gleichfalls 18 Tage, gegen 17 im ersten Quartal 1909.

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer betrug, alle Verbände zusammengenommen, 18,2 Tage, gegen 21,6 Tage im Vorjahre. Die Summe der gezahlten Ortsunterstützung betrug M. 1 730 873, an Reiseunterstützung wurden M. 126 422 ausbezahlt, so daß sich die gesamte Unterstützungsleistung der Verbände im Berichtsquartal auf M. 1 857 295 beläuft, das sind M. 275 005 mehr als im vierten Quartal 1909. Von unserm Verband wurde an 1115 Personen (darunter 25 weibliche) für 18 717 Unterstützungsstage M. 21 420 Ortsunterstützung und an 237 Personen für 1209 Tage M. 1339 Reiseunterstützung ausbezahlt.

Das Gesamtbild der Arbeitslosenstatistik für das erste Quartal 1910 zeigt gegenüber dem Vorquartal einen erfreulichen Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen und auch in der Dauer der Arbeitslosigkeit, der einen ziemlich sicheren Grabmesser für die eingetretene Besserung der Wirtschaftslage darstellt.

Berichte aus den Zahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzufenden.)

Düsseldorf. Zu dem letzten Versammlungsbericht aus Düsseldorf wird uns geschrieben:

Es ist unklar, daß ich beantragt hätte, „von allen Kollegen, die behindert sind, an der Versammlung teilzunehmen, die Mitgliedsbücher einzuholen, den Stimmzettel von diesen Kollegen in ein Kuvert zu stecken und beim Wahlvorstand abzugeben“! Tatsache ist,

daß ich zunächst gegen die von Ostertag ohne Mitgliederbeschluss durchgesetzte Ummodellung der Festwahl in eine Terminwahl protestierte mit dem Hinweis, daß in diese Vormittags stattfindende Wahlversammlung nicht diejenigen Kollegen kommen könnten, die sonst immer in die Nachmittagsversammlungen gingen, und ich beantragte von diesem Gesichtspunkte aus, daß für abends noch eine Wahlzeit angelegt werde. Ferner stellte ich fest, daß verschiedene an der Beteiligung der Ostertagschen Terminwahl behinderte Kollegen ihr Mitgliedsbuch und ihren Stimmzettel in ein Kuvert gesteckt hätten und dieses irgendeinem vertrauenswürdigem Kollegen zur Abgabe an den Wahlleiter übergeben hätten. Ich beantragte nun, diese Form der Stimmabgabe — es kamen hierfür zwei bis drei Kollegen in Betracht — als Notbehelf für zulässig zu erklären. Daß ich „als Kandidat“ von den Mitgliedern „schon in die Irren“ eingeschleift hätte, kann ich leider nicht als Zerrum, sondern nur als grobe Unwahrheit des Berichterstatters Ostertag bezeichnen. Ich bedauere den Kollegen Ostertag, daß er mich öffentlich herunterwürdigend versucht mit Behauptungen, die ich schon in der Versammlung auf ihren richtigen Wert zurückführte. Wenn Ostertag auch darüber erregt ist, daß der Wahlsieg, den er als langjähriger Vorsitzender gegenüber dem „Lauherer“ errang, nur auf ein Mehr von vier Stimmen basiert, so darf er doch nicht glauben, daß die Mitglieder der objektiven Berichte ebenso gefallen lassen wie einseitige Versammlungsleitungen.

Crull, Düsseldorf. Wir bedauern die einseitigen Maßnahmen des Vorsitzenden und Wahlkandidaten Ostertag in der Zeit der Wahlversammlung sowohl, wie seinen unobjektiven Bericht und schließen uns in unserer Eigenschaft als Wahlleiter der obigen Berichtigung des Kollegen Crull beständig an. **B. Kuhlbacher, Aloys Dreher.**

Zu dieser Berichtigung stellen wir nur fest, daß in dem Bericht aus Düsseldorf nicht gesagt war, Kollege Crull habe beantragt: „von allen Kollegen, die behindert sind, an der Versammlung teilzunehmen, die Mitgliedsbücher einzuholen“ usw. Im übrigen verweisen wir die Kollegen mit weiteren Auslassungen zu dieser Sache zunächst an die örtlichen Instanzen.

Frankfurt a. M. Die Bäckereiarbeiter nahmen am Freitag in zwei gut besuchten Versammlungen Stellung zu den Vereinbarungen mit der Innung und der erneuten Verhandlung wegen Nichterhaltung der vereinbarten Bedingungen seitens der Innung. Kollege Numelert erstattete Bericht, dabei betonend, daß nach all den Wahrnehmungen es bis jetzt der Innung keineswegs mit der Einhaltung der Vereinbarungen Ernst gewesen sei, vielmehr erkaune es sehr wahrscheinlich, daß die Innung es gar nicht ehrlich mit der Beendigung des Kampfes gemeint habe. Nicht nur, daß bei der Arbeitsvermittlung gemäß den Vereinbarungen die infolge der Lohnbewegung arbeitslos Gewordenen nicht zuerst berücksichtigt werden, sondern nach wie vor werden Gelbe bevorzugt; als der beste Beweis dient die Angabe des Sprechmeisters der Innung, der in Gegenwart des Herrn Stadtrat Levin zugab, daß er vom Innungsvorstand keine Instruktion erhalten habe, die Arbeiter möglichst auf ihre alten Plätze zu dirigieren. Auswärtige Gehilfen werden zugezogen, nur Gesetze die jetzt unter dem Deckmantel der Gelben. In der Diskussion wurden verschiedene Praktiken des Sprechmeisters zur Sprache gebracht, ob die Innung zu solchen die Anweisung erteile, ist noch ungewiß. Die Organisationsleitung erhält Auftrag, mit der Vertretung der Arbeiterschaft in Beratung der zu treffenden Maßnahmen zu treten; falls durch abermalige Verhandlungen nicht bessere Gewähr geboten wird, dann brauche man auch keine Rücksicht auf weitere Schädigung der Bäckereimeister zu nehmen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Beschlüßfassung über die Erhebung eines Extrabeitrages wurde zurückgestellt; nach der Erklärung des Kassierers könne die Unterstützung in bisheriger Weise weitergezahlt werden. Damit war die Versammlung einverstanden. Mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß wir uns infolge dieser Situation an der Sammlung für die ausgesperrten Bauarbeiter nicht beteiligen können, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Anmerkung des Schriftführers. Wenn wir als erfreuliche Tatsache konstatieren können, daß ein Teil in Arbeit stehender Kollegen gewillt ist, noch besonderen Beitrag zu leisten zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen und eventuell notwendig werdender Weiterführung des Wohlforts, so ist beschämend, daß ein Teil der in geregelten Betrieben beschäftigten Kollegen den längst fälligen Streikbeitrag noch nicht entrichtet hat.

Hamburg-Altona. Sektion Fabrikbranche. In der Versammlung vom 11. Mai wurde zunächst Kollege Pappenhagen zum Vorsitzenden der Sektion wiedergewählt. Zum zweiten Punkt: „Welche Aufgaben hat das Bezirksführerhohem in Verbindung mit den Vertrauensleuten für die Zukunft zu erfüllen“, referierte Kollege Weidner. Kuhnert wies noch auf die neu gegründete Agitationskommission hin, für deren Ausbildung in acht Abenden sich noch Kollegen und Kolleginnen melden können. Lehmann ersuchte die Kollegen, die in den Betrieben Neueintretenden sofort zu organisieren und nicht erst damit zu warten, da es nach alter Erfahrung nützlicher ist. Zum dritten Punkt: „Totalsfrage“, wird beschlossen, als Versammlungslokal Paetow, Kaiser Wilhelmstraße 77, zu bestimmen. Dazu wird noch bekanntgegeben, daß jeden Sonnabend, ab 8½ Uhr, im beschlossenen Versammlungslokal Mitglieder der Sektionsleitung anwesend sein werden, um Anfragen, Aufnahmen, Beitragszahlung und dergleichen zu regeln. Zum vierten Punkt: „Verschiedenes“, wurden unter anderem noch Mißstände bei der Firma Jeshusen & Nittel's festgestellt. Ferner wurde mitgeteilt, daß bei Garimann durch Verhandlungen eine Arbeitszeitverkürzung und kleine Lohnaufbesserungen erreicht worden sind. Zum Schluß wurde ermahnt, daß die Mitglieder solidarisch zu den so notwendigen Unterstützungen der Bauarbeiter beitragen mögen!

Karlruhe. In einer am 19. Mai stattgefundenen öffentlichen Versammlung wurde Stellung zu der verschlechterten Sonntagsruhe im Bäckergewerbe genommen. Wenn auch der Besuch viel zu wünschenswert blieb, so konnten als Entschuldigung die kaum zurückgelegten Feiertage ins Feld geführt werden. Kollege

Stebler behandelte das Thema in der eingehendsten Weise und fand bei allen Kollegen lebhaften Anklang. Da vielfach über die Anordnung eine falsche Meinung entsteht, so soll dieselbe wörtlich folgen: Durch bezirksrätliche Anordnung vom 26. Juni 1898 ist die Beschäftigung von Arbeitern im Bäckergewerbe mit dem Austragen von Backwaren an Sonn- und Feiertagen in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. März bis 9 Uhr vormittags zugelassen, während diese Arbeit bis jetzt in der übrigen Jahreszeit bis vormittags 8 Uhr beendet sein muß. Die Bäckereinnung ist beim großherzoglichen Bezirksamt vorstellig geworden, daß auch für die Zeit vom 1. März bis 1. Oktober an Sonn- und Feiertagen die Zeit für diese Beschäftigung bis 9 Uhr vormittags ausgedehnt werden soll. Diese Anregung wird befürwortet, heißt es in dem betreffenden Stadtratsstimmungsbericht. (Unverständlich, eine derartige Befürwortung.) Die Herren Bäckereimeister haben in ihrer Ausbeutungslust der Beschäftigten noch nicht genug, darum müssen sie noch eine Stunde mehr haben. Drei Kollegen beteiligten sich an der Debatte und traten scharf gegen die Verschlechterung auf. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heute in der „Karlshöhe“ tagende öffentliche Bäckergehilfenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der verschlechterten Sonntagsruhe im Bäckergewerbe. Die Versammlung bedauert, daß der Stadtrat, ohne irgend welche Befragung der Gehilfenschaft, die Petition der Arbeitgeber noch befürwortete. Das Versammlungsbureau wird daher beauftragt, die vorgelegte Gegenpetition sofort abzugeben, um an der Sonntagsruhe in der bisherigen Weise festzuhalten.“

Riffingen. Borige Woche fand in Bad Riffingen eine Bäckerversammlung statt, und zeigten die Kollegen ein reges Interesse für unsere Sache, indem zwei Drittel anwesend waren. Kollege Strauß-Schweinfurt referierte über das Vorwärtstreben der Bäckergehilfen in den andern Frankentädten, über Kost- und Logiswesen, Arbeitsverhältnisse und Bundesratsverordnungen, und fand die dahingelautende Resolution einstimmig Annahme. Aus der Stimmung der hiesigen Kollegen konnte man erkennen, daß sie mit den hiesigen sehr rückständigen Verhältnissen nicht mehr zufrieden sind. 13 bis 15 Stunden täglich werden die Gehilfen ausgebeutet und einen freien Tag im Jahre kennt man nicht. Besonders zu letzterem wäre noch zu bemerken, daß hier die gesetzlichen Rechte der Bäckergehilfen mit Füßen getreten werden. Sollte die Behörde nicht wissen, daß vom ersten zum zweiten Pfingstfeiertag kein Arbeiter in der Bäckerei beschäftigt werden darf, und daß dieses auch für Riffingen gilt, oder muß die Behörde erst gezwungen werden, strafrechtlich einzuschreiten gegen die Nichtbeachtung der Bestimmungen der Bundesratsverordnung? Kollegen von Riffingen, Ihr seht hier, daß Ihr weder behördlichen Schutz noch rücksichtsvolle Meister habt, die eure gesetzlichen Rechte wahren; darum hinein in den Deutschen Bäckerei- und Konditoreiverband; denn nur durch eine vereinigte Macht können wir unsere Rechte zu Gesetzen machen. Zwölf Kollegen haben sich hier dem Verbandsangehörigen, und fordern wir hiermit die Säumigen auf, bei der nächsten Versammlung zu erscheinen, um sich gleichfalls anzuschließen und mitzuarbeiten an der Verbesserung der Verhältnisse, zum Vorteile des Ganzen und des Einzelnen.

Vegeßack. Unsere Vegeßacker Zahlstelle hat einen großen Schlag ausgeführt — das Verbandsjubiläum hat sie zu einem großen Arbeiterfest am Orte zu gestalten verstanden. Man hatte die Genehmigung zu einem Festzuge und öffentlichen Ball nachgeholt und, nachdem unser Vorsitzender dem Landrat plausibel gemacht hatte, daß die Bäder für ihre Feste eben nur drei ganze Tage im Jahre zur Verfügung haben, war — ein Wunder! — auch die Genehmigung für den ersten Pfingstfeiertag erteilt worden. Die nächstgelegenen Zahlstellen des Verbandes, die andern Gewerkschaften am Orte, die Parteioffiziation, die Arbeitergefangs- und Sportvereine waren eingeladen und die Beteiligung war eine außerordentlich starke. Im Zuge marschierten mit einigen Musikern und 29 Fahnen und Emblemen gegen 500 Mann, und circa 2000 Personen beteiligten sich an den sonstigen Festlichkeiten, die auch einen guten Ueberblick ergaben. Kollege Stahl-Hamburg hielt die Festrede und fand großen Beifall. Die Kollegen in Vegeßack werden das Fest in dauernder Erinnerung behalten.

Polizei und Gerichte.

Ein Sexualverbrecher saß in der Person des dreißigjährigen verheirateten Bäckereimeisters Christof Wagner aus Nürnberg auf der Anklagebank des Schwurgerichts. Wagner hat schon einmal vor vier Jahren ein Sittlichkeitsverbrechen begangen, indem er seine eigene, damals noch nicht vierzehnjährige Schwägerin schwängerte. Die acht Monate Gefängnis, die er damals bekam, haben des schuldlosen Verantwortungsgefühl nicht erhöht, diesen rohen und rücksichtslosen Rinderschänder nicht gebessert. Im Oktober 1909 schleifte er ein vierzehnjähriges Kind, das Brot in seinem Laden holte, in sein Schlafzimmer und mißbrauchte es unter Anwendung von Gewalt. Das geschändete Mädchen wurde bald darnach geschlechtskrank und war viele Wochen in ärztlicher Behandlung.

Zur Verhandlung waren fünf Ärzte und Sachverständige geladen. Die Beweisaufnahme ließ über die Schuld des Angeklagten keinen Zweifel mehr bestehen.

Geradezu abstoßend wirkte die Art seiner Verteidigung. Der rohe Rinderschänder hatte die Stirn, das Kind, dessen Jugend er, einer tierischen Laune folgend, schändete, auf das gemeinste zu verdächtigen und die Familie des Kindes herunterzureißen.

Der Staatsanwalt verwies darauf, daß selbst ein Tier sich nicht an einem geschlechtsunreifen Gattungsgenossen vergreift, und beantragte, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage bejaht und mildere Umstände vernimmt hatten, sieben Jahre Zuchthaus.

Urteil: Vier Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung.

Im Gerichtsgebäude weinte, ihrer Kinder gedenkend, eine gebrochene Frau.

Gewerbegerichtliches.

„**Fahrlässige Eiferucht.**“ Die bei Benjamin Stahl, Bäckerei in Stuttgart, beschäftigte Ladnerin A. M. wurde Sonntag nachmittags von einem Landsmann am Hause erwartet. Sie rief ihm vom Fenster aus zu, er

möge wenige Minuten auf der Straße warten, sie werde gleich kommen. Stahl, welcher längere Zeit mit der B. eine Diebstahl unterhalten hatte, war hierüber verärgert und schlug sie mit der Hand auf den Mund. Abends ließ sich Stahl auch noch mündliche Beleidigungen der Klägerin gegenüber zuschulden kommen. Die letztere entschloß sich, andern Tages ihre Stellung zu verlassen. Morgens sei sie von Stahl genickt worden. Als sie nicht gleich aufstehen wollte, warf der früher so zärtliche Benjamin die Bettlade um und verlegte dem Mädchen einige Wadenstreiche. Nach dem Ankleiden will die B. ferner wiederholt gestoßen und gegen die Tür geworfen worden sein. Eine beim Beklagten beschäftigte Zeugin glaubt nicht, daß die Mißhandlungen so arge waren; sie gibt an, es habe „nur gepatscht“! Stahl macht zu seiner Rechtfertigung „fahrlässige Eifersucht“ geltend und gibt schließlich zu, handgreiflich geworden zu sein. Die Forderung der B. lautet auf M 23,88 für rückständigen Lohn und M 34,10 Entschädigung für die Zeit ihrer Stellenlosigkeit. Stahl erhebt Widerklage auf M 13 wegen — Weglaufens ohne Grund! M 30 würde der Beklagte eventuell im Vergleichsweg zahlen, was die Klägerin vernünftigerweise ausschlug. Das Urteil lautet unter Würdigung des „Schadensverhältnisses“, welches ein ordnungsgemäßes Gebieten über Angestellte unmöglich machte: Stahl hat der B. nach Abzug von M 3,15 für Krankengeld M 54,75 zu zahlen und die Kosten zu tragen; mit seiner Widerklage wird er abgewiesen. „Fahrlässige Eifersucht“ ist kein Mißhandlungsgrund.

Technische Rundschau.

Teigformmaschine mit einer die Formen enthaltenden achtschlächtigen Trommel.

Das D. R.-P. Nr. 219 319, von Otto Richter in Salem (Ohio, U. St. A.), betrifft eine Maschine zur Herstellung von Teigwaren in ununterbrochenem Arbeitsgange. Dieselbe besteht im wesentlichen aus einer bekannten achtschlächtigen, die Formen für die Semmeln enthaltenden Trommel, welcher der Teig, in gleiche Teile geteilt, stetig zugeführt wird.

Die mit Teig beschickte Trommelfläche wird gegen den oberen Boden der Maschine gedrückt. Der Stoß, welcher der Trommel beim Herabfallen von Daumenscheiben erteilt wird, bewirkt auch das Herausschnellen der im vorangegangenen Arbeitsgange fertig geformten Teigstücke.

Die vorliegende neue Maschine unterscheidet sich nun von den bekannten ähnlichen Maschinen dadurch, daß die die Formen tragende Trommel gegen einen feststehenden Stempel gehoben wird und der der Trommel beim Senken erteilte Stoß zum Entfernen der geformten Teigstücke benutzt wird.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ueber 100 000 Mitgliederzunahme in den Gewerkschaften für das Jahr 1909 wird zu konstatieren sein. Nach den bisher vorliegenden Jahresberechnungen von 25 Zentralverbänden haben diese schon eine Zunahme von rund 80 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Dabei lastete im Jahre 1909 noch die Krise schwer auf der deutschen Industrie. Allen Anzeichen nach ist die Aufwärtsbewegung in diesem Jahre eine noch größere.

Zehnter Verbandstag der Mühlenarbeiter Deutschlands.

Vom 15. Mai bis heute tagte hier der zehnte Verbandstag des Verbandes der Mühlenarbeiter Deutschlands, der zugleich der letzte Verbandstag dieser Organisation ist. Es waren neben zwei Vorstandsmitgliedern und drei Gauleitern 34 Delegierte anwesend. Der Verband der Bäcker und Konditoren war durch unsern Kollegen Ullmann vertreten. In seiner Begrüßungsrede sagte Ullmann, daß die von ihm vertretene Organisation nicht mehr der Erwartung sei, daß sich die der Mühlenarbeiter mit ihr verschmelze. Nichtsdestoweniger hätten sie es für notwendig gehalten, sich hier vertreten zu lassen. Es bleibe für seine Organisation an und für sich gleichgültig, welchen Weg der Verbandstag einschlagen werde. Ueber kurz oder lang werde es doch zu einem allgemeinen Nahrungsmittelindustrieverband kommen. Das gute Verhältnis, das zwischen Bäckern, Konditoren und Mühlenarbeitern bisher geherbergt habe, werde sicher auch in Zukunft bestehen bleiben. (Beifall.)

Den Geschäftsbericht des Vorstandes gab Verbandsvorsitzender Käppler-Altenburg. Der Bericht umfaßt die Jahre 1907 bis 1909. Der Verband hatte unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden. Die Mitgliederzahl ging von 4888 Ende 1906 auf 4482 Ende 1909 zurück. An Lohnbewegungen und Streiks war die Verbandszeit verhältnismäßig reich. Käppler betonte, daß die Erwartungen, die man auf dem Verbandstage in Mainz mit der Anstellung der besoldeten Beamten gehegt habe, nicht in Erfüllung gegangen sind; die Erfolge seien gleich Null. Der Kassenbericht zeige, daß die Summe für Unterstützungen von Tag zu Tag steigt. Wenn der Verbandstag zu keiner Verschmelzung komme, werde die Frage der Beitragserhöhung unausbleiblich sein. Der Vorstand sei mit der Großverkaufsgesellschaft und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Verbindung getreten dahingehend, daß die Konsumvereine verpflichtet werden, Mühlenprodukte nur in solchen Mühlen zu kaufen, die mit dem Mühlenarbeiterverband einen Tarif abgeschlossen haben oder die Koalitionsfreiheit ihren Arbeitern schriftlich gewährleisten. Dabei müsse konstatiert werden, daß bis jetzt eine ganze Reihe Mühlen Lieferanten der Genossenschaften sind, die diese Berücksichtigung nicht verdienen. Das müsse anders werden.

An die Berichte schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der sich die Redner im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes zufriedener erklärten. Scharfe Kritik wurde an dem persönlichen Verhalten der Gauleiter Ziegler-Ludwigshafen und Schilau-Breslau geübt. Die von Käppler aufgeworfene Frage der Beitragserhöhung fand bei den Delegierten keine Gegenliebe, fast alle Redner wandten sich dagegen und einige von ihnen würden eher eine Reduzierung der Unterstützungsleistungen einer Beitragserhöhung vorziehen, da der Verband zu viel Unterstützungsvereine ist, aber mehr Kampforganisation sein soll.

Dem Vorstand wurde schließlich einstimmig die Charge erteilt. Ferner beschloß der Verbandstag auf Vorschlag einer hierzu eingesetzten Kommission, die Gauleiter Ziegler-Ludwigshafen und Schilau-Breslau wegen ihrer Befehle — keine Veruntreuungen — ihres Amtes zu entheben und das Gehalt für sechs Wochen auszubezahlen.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Verschmelzungsfrage, die ja für uns von besonderem Interesse ist, füllte den zweiten Verhandlungstag aus. Das einleitende Referat hielt Käppler. Er teilte sein Referat in drei Abschnitte: 1. Die historische Entwicklung der Verschmelzungsfrage. 2. Welche Gründe den Verband dazu führen, sich einem größeren Verband anzuschließen. 3. Die Abmachungen mit den Zentralverbänden der Bäcker und Konditoren und dem der Brauer. Die Verschmelzungsfrage ist so alt wie der Verband, schon immer waren bei uns die Wünsche auf Gründung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes vorhanden. Schon 1893 trat in Hannover ein Kongreß der Verbände der Nahrungsmittelindustrie zusammen, aber ohne ein praktisches Ergebnis zu zeitigen. 1895 rekonstituierten die beiden Verbände der Bäcker und Müller für eine Verschmelzung. Zwei Jahre später hatten die Bäcker einen Kongreß in Gera; dort sollte die Verschmelzung zustande kommen, sie scheiterte aber an der Beitragsfrage. Der vorgeschlagene Beitrag von 20 Pf. stieß auf heftigen Widerspruch und die Berliner Delegierten beantragten Urabstimmung. Dadurch kam die Verschmelzung wieder nicht zustande. Unsere Kollegen plädierten seitdem fortgesetzt für die Gründung eines Industrieverbandes für die Lebensmittelbranche. Der Verbandstag in Mainz 1907 trug dann dem Vorstand auf, Schritte in der Verschmelzungsfrage zu tun. Auf die Anfrage des Vorstandes an die in Betracht kommenden Verbände erklärten sich die Vorstände derselben im Prinzip mit der Verschmelzung einverstanden. Später votierte aber der Verbandstag der Brauer gegen die Gründung eines Industrieverbandes. Der Vorstand setzte sich dann mit den Vorständen der Bäcker und Brauer nochmals in Verbindung und beide waren bereit, eine Verschmelzung mit uns einzugehen; die Bedingungen wurden in der Verbandszeitung bekannt gemacht.

Der Verbandstag hat nun die Entscheidung zu treffen: Wollen wir uns noch verschmelzen, und dann, mit wem? Wir gleichen nun einer Braut, die unter zwei Liebhabern die Wahl hat. (Geisterkeit.) Die Wahl wird deshalb schwer werden. Verschmelzen wir uns, dann erlebigen wir hier nur noch, was unbedingt notwendig ist und vertagen dann den Verbandstag bis zu dem Verbandstag der Organisation, mit der wir uns verschmelzen wollen. Beide Verbände, die in Frage kommen, tagen in den nächsten Wochen in Berlin. Es sind in den Mitgliederkreisen viel überschwengliche Hoffnungen und Illusionen aufgetaucht; die Kollegen versprechen sich zu viel von einer Verschmelzung. In der Taktik bei Lohnbewegungen wird sich auch künftig nicht viel ändern. Wir werden unsere Bewegungen selbst führen und auch für die Kosten aufkommen müssen. In der Agitation werden wir aber eine wesentliche Förderung erfahren. Wir müssen uns nicht verschmelzen. Wir kommen nicht als Bettler zu der andern Organisation, sondern als Waffenbrüder, die eingesehen haben, daß es besser ist, wenn wir zusammengehen und vereint den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufnehmen. Wir müssen also nicht, aber ich möchte Sie bitten, daß wir wollen. (Zustimmung.) Wir brauchen eine starke Organisation, und ich verspreche mir bei einem Zusammenschluß, daß die Zahl der organisierten Mühlenarbeiter rasch zunimmt. Die Brauer haben 300 Zahlstellen, die Bäcker 200, da werden eine Reihe Kristallisations- und Anknüpfungspunkte gefunden. Wenn dann statt fünf 50 Beamte die Agitation für die Mühlenarbeiter betreiben, dann, sage ich, müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn nicht bessere Erfolge als bisher zu erzielen wären. Ob wir viel oder wenig Verührungspunkte mit dem Verbande, mit dem wir uns verschmelzen, haben, ist gleichgültig. Die Berufsverbandschaft spielt keine Rolle, das gewerkschaftliche Ringen nach besseren Arbeitsbedingungen muß das Bindeglied sein. Redner besprach dann die Uebertrittsbedingungen, die wir schon im Vorbericht erwähnt haben, und betont zum Schluß: Mit welchem Verband Ihr Euch verschmelzen wollt, das will ich Euch überlassen, wir haben bei den Bäckern genau so viel Entgegenkommen gefunden wie bei den Brauern. Entscheiden Sie nun, ich will als Unterhändler keine Direktiven geben.

Die Diskussion war sehr lebhaft und zog sich bis zum Abend hin. Nach der Stimmung in den Mitgliederkreisen zu schließen — nach den Mitteilungen Käpplers erklärten sich 90 pSt. für die Verschmelzung mit den Brauern —, war anzunehmen, daß die große Mehrzahl der Delegierten sich auf dem Verbandstag für die Brauer erklären würden und nur wenige für die Bäcker und Konditoren. Es kam aber vorerst anders. Genau zehn Redner sprachen für die Verschmelzung mit unserm Verbande, und zehn andere für die Brauer, zwei behielten sich die Entscheidung vor. Der Wortführer der Freunde eines Zusammenschlusses mit uns war der frühere Redakteur des Verbandsorgans, Kemmle-Mannheim. Dieser sprach gleich nach Käppler in längerer Rede sehr wirkungsvoll für die Verschmelzung mit den Bäckern, die den Mühlenarbeitern am nächsten ständen. In kleinen Orten sei es oft der Fall, daß die jungen Leute Müller und Bäcker zugleich lernen. Die Berufsverbandschaft spiele bei der Verschmelzung eine große Rolle. Die Brauer hätten gar keine so große Liebe für die Mühlenarbeiter gezeigt, im Gegenteil, es sei davon gesprochen worden, daß sie ihnen als Bleigewicht an den Füßen hängen würden. Und daß die Brauer sich hier nicht vertreten ließen, ist auch bezeichnend. Die Beitragsfrage darf nicht ausschlaggebend sein, auch die Brauer werden die Beiträge erhöhen. Der Statutenentwurf der Brauer und die uns unterbreiteten Bedingungen weisen Widersprüche auf. Wir können unter keinen Umständen einer Karenzzeit von 14 Tagen bei der Krankenunterstützung zustimmen. (Zustimmung.) Kemmle kritisierte dann, daß der Verbandsvorstand keine entschiedene Meinung in der Verschmelzungsfrage eingenommen hat. Der Verband habe die Pflicht, zu sagen, wohin der Weg führt. Die Reserve ist zu beurteilen, Halbheiten taugen nichts. (Zustimmung.) Eine ganze Reihe Delegierter erklärten ihr Einverständnis mit den Aus-

führungen Kemmles, trotzdem die Mitglieder ihrer Zahlstellen anders entschieden hätten. Für die Verschmelzung mit den Brauern treten besonders die Berliner und Frankfurter Delegierten ein. Sie erwarten bei einem Zusammenschluß mit den Brauern, die mehr Mitglieder und mehr Zahlstellen als wir haben, mehr Vorteile für die Mühlenarbeiter als bei uns. Als Hauptgrund gegen eine Verschmelzung mit uns werden die vorgeschlagenen höheren Beiträge ins Feld geführt. Verbandsvorsitzender Käppler erklärte schließlich, da er wegen seiner Reserve wiederholt angegriffen wurde, daß die Hauptverwaltung den Anschluß an die Brauer empfehle. Das, was die Diskussion bis jetzt gezeigt habe, sei unhaltbar, es müsse eine möglichst einmütige Entscheidung gefällt werden. Man solle bedenken, daß die übergroße Mehrzahl der Mandatgeber sich für die Brauer entschieden hätte.

Kollege Ullmann erklärte, daß unser Verband der Entscheidung mit Ruhe entgegenstehe. Die Verhältnisse würden sich so entwickeln, daß beide Verbände mehr und mehr zusammenkommen.

Ullmann-Berlin, Vertreter der Generalkommission, sprach — als Privatperson — ebenfalls für die Verschmelzung mit den Bäckern und Konditoren.

Ein Delegierter betonte, das richtige wäre, wenn der Verband sich dem Fabrikarbeiterverbände anschließen, dann würde die Zahl der organisierten Mühlenarbeiter auf einen Schlag um Tausende erhöht.

Die Abstimmung wurde in dieser Sitzung nicht mehr vorgenommen, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, sich gegenseitig noch zu verständigen, um einen möglichst einmütigen Beschluß zu erzielen.

Am dritten Verhandlungstag wurde dann die Abstimmung über die Verschmelzungsfrage vorgenommen. Die Vornahme einer Urabstimmung wurde abgelehnt. Für die Verschmelzung mit unserm Verband stimmten dann 11 Delegierte, die 1210 Mitglieder vertreten, dagegen 23 Delegierte, die 2891 Mitglieder vertreten. Es wurde nun über den Zusammenschluß mit den Brauern abgestimmt und da stimmten nun für die Verschmelzung 31 Delegierte (8509 Mitglieder) und dagegen 3 Delegierte (392 Mitglieder). Die Verschmelzung mit den Brauern ist demnach beschlossen. Verbandsvorsitzender Käppler gab nun bekannt, daß die Delegierten an dem Verbandstag der Brauer teilzunehmen haben und dort das Statut festgelegt wird.

Der Verbandstag nahm dann ein Referat von Ullmann über die Reichsversicherungsordnung entgegen. In einer angenommenen Resolution werden die Forderungen der Mühlenarbeiter aufgestellt. Dann wird ausgesprochen, daß sich der Verbandstag dem Beschluß des VII. (außerordentlichen) Gewerkschaftskongresses anschließt, die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag zu erhöhen, den die Arbeiter infolge der Beitrags-habierung in den Krankenkassen ersparen würden, falls letztere zum Gesetz erhoben wird, um dadurch den geschwächerten Einfluß der Arbeiter in den Krankenkassen durch Stärkung der Kriegskassen der Gewerkschaften wieder auszugleichen.

Der Verbandstag stimmte dann einstimmig einer Sympathieresolution für die ausgesperrten Bauarbeiter zu, in der der Hauptvorstand ermächtigt wird, den ausgesperrten Bauarbeitern im Bedarfsfalle eine namhafte Summe aus der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen. Die Delegierten werden verpflichtet, in ihren Zahlstellen für eine wirksame Unterstützung der Ausgesperrten zu sorgen.

Als erster Vorsitzender wird Käppler-Altenburg und als zweiter Hapke-Altenburg wiedergewählt. Die freigewordenen Gauleiterposten werden bis zur Verschmelzung ehrenamtlich besetzt. Der Ausschuß bleibt in Leipzig.

Nach den vereinbarten Bedingungen vollzieht sich der Zusammenschluß der Verbände am 1. Oktober 1910.

Am Schluß der Verhandlungen zog Vorsitzender Kemmle-Mannheim einen Rückblick und sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegen in der vereinten Organisation ebenso wie bisher für den Verband arbeiten und treue Waffenbrüderschaft halten werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Verbandstag wird nicht geschlossen, sondern vertagt.

Aus dem Innungslager.

Die hinterpommerschen Bäckermeister aus Schlawe, Bütow, Rummelsburg, Lauenburg, Mügenwalde, Stolp und Köslin hatten sich einmal wieder die aufregende und anstrengende Arbeit geleistet, in Schlawe ihren Bezirkstag abzuhalten, der zum Wohle der „ehrsamen“ Meister dienen sollte. Doch Arbeit ist Lebenssache; denn bei der knapp bemessenen Zeit müssen die Beratungen schnell zu Ende geführt werden, erklärte der Obermeister Herr Tegge aus Stolp. Und es geschah also! Innerhalb einer Stunde waren die Beratungen zu Ende und es ging zum Klimbin über, der mit Fahnenweiche, Katerfrühstück usw. seinen Fortgang nahm. Aus den Beratungen ist nur bemerkenswert, daß Meierowitz-Stettin, der Vorsitzende der Krankenversicherungskasse, die Meister aufforderte, in Anbetracht der immer wieder hervorbreitenden Streikbewegung eines Teils der Bäckereiangestellten und als Gegendruck gegen deren zum Teil jetzt schon „maßlosen Forderungen“ sich dem Arbeitgeberverbände anzuschließen. Der Verband habe sich schon vielfach bewährt und sei berufen, zum Wohle des ganzen Bäckergewerbes zu wirken. (Na, na.) Die Innungen können sogar geschlossen beitreten, und er sei jederzeit bereit, weitere Auskunft zu erteilen. Leider konnten wir nicht in Erfahrung bringen, ob und wieviele Meister diesem Lockruf gefolgt sind.

Art läßt nicht von Art. Die Nr. 20 des „Brotfabrikanten“ leistet sich in dem Leitartikel das sonderbare Pfingstbergnügen, aus den Streiks in diesem Jahre „ausgemachte Schlappen“ für den roten Verband zusammenzuschreiben. Herr Alexander Eder, welcher als Verantwortlicher zeichnet, muß absolut keine Zeit finden, um nur die Bäckereinnungszeitungen oberflächlich durchzulesen zu können; würde er das tun, dann käme er sicher zu einer andern Schlussfolgerung. Wir wollen ihm nicht zumuten, auch noch unsere Zeitung durchzusehen, das tun ja bekannt-

Ich die Angehörigen der Unternehmervereinigungen überhaupt nicht; aber das erwarten wir, daß auch von dieser Seite mindestens der Wahrheit die Ehre gegeben wird. In den vielen Zeitungen der Bäckereinnungen liest man's freilich anders. Da wird ein Geschrei und ein Geschimpf angestimmt über die bösen Verbandsgesellen, die sich erfreuen konnten, ohne Erlaubnis der Innungen Forderungen zu stellen. Mit den vornehmlichsten Mitteln wird den Arbeitgebern zu verstehen gegeben, daß die Gesellenforderungen nicht anerkannt werden dürfen, und wie klagen die Bäckler über die durch den Boykott verursachten Schäden! Der rote Verband ist mit den „ausgemachten Schlappen“ voll und ganz zufrieden, und damit wird sich auch der „Brotfabrikant“ abfinden müssen.

Paß schlägt sich, Paß verträgt sich. Die Dribler, die Busch lautete die Parole bei der letzten Wahl des Obermeisters der Bäckereinnung in Frankfurt a. M. Die Opposition gegen den langjährigen Obermeister Dribler erklärte sich aus seiner Stellung zum Hefesyndikat. Bei der Festsetzung der Preise für Hefe hat das Syndikat einen Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland gemacht. Die Bäckereimeister in den norddeutschen Städten bekommen das Pfund 3 $\frac{1}{2}$ billiger geliefert als ihre süddeutschen Kollegen. Dabei hatten die hiesigen Bäckereimeister das Recht, daß Frankfurt zu Süddeutschland, Wiebich zu Norddeutschland gerechnet wurde. Die dortigen Bäckereimeister mit bedeutend weniger Umsatz beziehen also die Hefe um 3 $\frac{1}{2}$ billiger, als die der großen Frankfurter Innung. Eine Versammlung der Bäckereimeister beschloß deshalb, mit dem seitherigen Lieferanten Sinner keinen Vertrag mehr einzugehen, sondern andere mit günstigeren Offerten vorzuziehen. Die Folge dieses Beschlusses war, daß Dribler seine sämtlichen Klienten niederlegte; es hatte deshalb Neuwahl des Obermeisters stattzufinden. Auf beiden Seiten wurde tapfer gekämpft; die Wahl endete mit einer Niederlage Driblers. Busch wurde als Obermeister gewählt. Freunde Driblers haben jedoch später die Wahl angefochten. Als „mutige Streiter“ arbeiteten die Bäckereimeister natürlich mit anonymen Flugblättern. Auch am Abend der Wahl wurde ein anonymes Laufzettel von roten Radlern in dem Wahllokal verteilt, der folgenden Wortlaut hatte:

Kollegen, laßt Euch nicht noch einmal fangen, wie vor drei Jahren! So lange der Kommerziant Sinner nicht nach Frankfurt kommt und schwört, daß „keine Schmiergelder“ nach Frankfurt gekommen sind, so lange, Kollegen, kann niemals ein Sinnerfreund Dribler als Obermeister gewählt werden. Oder soll unsere Innung wieder durch den Vertreter der Firma Sinner, Georg Roth, indirekt geleitet und dupiert werden?

Mehrere Nichtigdenkende.

Das Flugblatt hatte die Wirkung, daß Dribler bei der Wahl durchfiel. Ein Durchfall ist immer unangenehm, und wenn es auch nur ein Wahlrückfall ist. Dribler aber suchte sich um so mehr, als ihm in dem Flugblatt nach seiner Ansicht vorgeworfen wurde, er habe Schmiergelder genommen. Über dieser Vorwurf galt nur der Firma Sinner. Es kostete viel Mühe, den anonymen Verfasser des Laufzettels festzustellen. Auf Umwegen war er zur Verteilung an die roten Radler gekommen; auf Umwegen wurde auch der Verfasser ermittelt. Es war der Bäckereimeister Louis Rauch in der Friesengasse in Bodenheim; unterstützt hatte ihn bei der Verbreitung sein Kollege Christian Kirchner in Bodenheim. Beide kamen vor Tribunal. Durch ihren Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Höpfer, ließen sie erklären, bei den meisten Innungsmitgliedern habe sich die Meinung festgesetzt, die Firma Sinner zahle in Frankfurt Schmiergelder. Habe doch auch ihr früherer Vertreter Weber erklärt, die Frankfurter Bäckereinnung sei von der Firma jahrelang überbortelt worden. Ferner wollte der Verteidiger Beweis dafür antreten, daß ein Vertreter der Sinner'schen Firma dem Obermeister der Dieburger Bäckereinnung einen privaten Verdienst von 3 $\frac{1}{2}$ vom Pfund Hefe versprochen habe, wenn der Vertrag mit der Dieburger Innung zustande komme. Endlich habe Dribler selbst seine Kollegen in dieser Meinung bestärkt. Nach seiner Behauptung seien ihm selbst einmal M 600 Schmiergelder angeboten. Den Namen der Firma habe er nicht genannt, der Vermutung also breitesten Spielraum gelassen. Bemerkte muß übrigens werden, daß Dribler mit noch etwa 50 Kollegen auch heute noch seine Hefe von Sinner bekommt. Die Sterbefälle der Innung wird dadurch jedes Jahr um mehrere Tausend Mark geschädigt. Rat Rückert, der für Preisbeileidigung besonders empfindlich ist, las aus dem Laufzettel auch eine Beleidigung Driblers heraus. Unter Verjagung des Schutzparagrafen 193 verurteilte er Rauch zu M 150, Kirchner zu M 50 Geldstrafe.

Im zweiten Fall handelt es sich um Reibereien zwischen dem Bäckereimeister Reinhardt Pfeil und seinem Kollegen Fritz Augthum. Augthum war früher ein eifriges Mitglied unseres Verbandes; jetzt führt er die Meister gegen die freigewerkschaftlich organisierten Bäckergehilfen und läugelt mit den Gelben. In einer Bezirksversammlung der Meister meinte er, im Kampfe gegen die streikenden Gesellen müsse man sich die Hilfe der Gelben sichern. Man dürfe sie aber nicht schlecht behandeln, wie dies Pfeil tue. Dieser habe während der Krankheit seines Sohnes einem Gelben nicht den tariflichen Lohn gezahlt. Er meinte damit die Bezahlung von Ueberstunden, die der Gehilfe wohl geleistet, aber nach der Behauptung von Pfeil zu spät gefordert habe. Auf die Frage aus der Versammlung, was denn dem jungen Pfeil gefehlt habe, hatte Augthum erwidert, er leide an einer häßlichen Krankheit. Für beide Behauptungen wollte der Beklagte den Beweis der Wahrheit antreten. Das als Zeuge geladene Mitglied des gelben Verbandes war jedoch nicht erschienen, und der junge Pfeil lehnte es ab, seinen Hausarzt Dr. Cohen von der Pflicht der Verschwiegenheit zu entbinden. Warum, wird er selbst wissen. Die Parteien vergleichen sich. Augthum bedauert, daß er die geschlechtliche Erkrankung des jungen Pfeil in der Versammlung erörtert hat; den andern Vorwurf nimmt er zurück.

Die Busch, Dribler, Rauch, Kirchner, Pfeil, Augthum, alle vereint, führten in trauriger Waffenbrüderschaft vor wenigen Wochen den Kampf gegen den roten Drachen. Mehr kann man nicht verlangen.

Bäckerzwangsinnung in Berlin. Endlich ist das erstrebte Ideal der Berliner Unternehmervührer zur Tatsache geworden. Die „Germania“ und „Konfordia“-Innung sind in Versammlungen der Innung ihrer Vorstandsmitglieder beigetreten und haben beschlossen, sich zu einer Zwangsinnung zu verschmelzen. Das „rote Gepenit“ wurde bei der Gelegenheit mit kräftigen Strichen an die Wand gemalt, um somit eine große Mehrheit zu erzielen. Ueber den Wert von freien und Zwangsinnungen besteht in den Handwerkerkreisen geteilte Meinung. Die fortschrittlichen Elemente sind sich schon längst darüber einig, daß die Bestimmungen über Zwangs- oder freie Innungen in keiner Weise angetan sind, um die Kleinhandwerkerlichen Bestrebungen zu fördern. Vor nicht allzulanger Zeit beschloßen die Malermeister, ihren Innungsverband aufzulösen. Dort sind auch die Unternehmer geistig weiter fortgeschritten und haben den alten Zunftstamm über Bord geworfen. Diese Entwicklung wird auch bei dem Unternehmertum des Bäckergewerbes durch die wirtschaftliche Umwälzung eintreten. Auch Zwangsinnungen werden nicht imstande sein, für die Dauer gegen diese Strömung einen festen Damm bilden zu können. Am allerwenigsten kann aber die neue Organisationsform der Berliner das Vordringen unseres Verbandes hemmen, er wird so sicher, wie die alten Vereinigungen, auch die Zwangsinnung durch den Ansturm der Arbeitermassen hinwegfegen.

Stimmt nicht. Die „Internationale Rundschau“ betreibt im Nebenamt auch das Gewerbe einer Wahrsagerin und kündigt die Streits schon Monate vorher an, damit sich die Bäckereimeister danach einrichten können. Durch ihre „besten Informationsquellen“ konnte sie voraussagen am 1. Februar, daß der nächst fällige Streik in Berlin am 1. Mai, 1 Uhr 58 Minuten, mittags, proklamiert wird. Fieberhaft arbeiteten nun die Bäckereimeister, um die hereinbrechende Katastrophe zu bereiten; sie verbarrikadierten ihre gelben Lieblinge in den Schlafsalons der Unternehmer, bewaffneten sie mit Gummihüpfeln und Revolvern zum Schutz gegen die roten Vandalen. Der Streik wurde zu Esfig, und die Berliner Bäckereimeister haben das der grünen Wahrsagerin zu verdanken. Die „Internationale Rundschau“ war jedoch schlauer und wachsammer als ihre Brotgeber. Sie wußte aus ihren schon früher gesammelten Erfahrungen, daß die „rote Notte“ just dann zum Angriff übergeht, wenn der Feind sich in der sichersten Ruhe wiegt. Ganz besonders trifft das in Berlin zu, wo die Roten dort demonstrieren, wo weit und breit kein Gegner zu sehen ist. Nun hat die „Internationale Rundschau“ aus sicherer Quelle erfahren, daß in Berlin spätestens im Herbst der große Coup zur Abschaffung der Nachtarbeit erfolgt. Die Verbandsleitung macht jetzt schon die größten Anstrengungen; sie besitzt Berge von Zuschriften aus Gelehrtenkreisen, die alle sich für die Abschaffung der Nachtarbeit erklärt haben. Die Arbeiterchaft ist bereits Feuer und Flamme für diese Neuerung. Nun wahrhaftig die „Internationale Rundschau“, der handwerkstreue Gesellenbund wird auch gegen diese Forderung sein, wie er beim letzten Lohnkampf gegen den Ruhetag aufgetreten ist. Das ist nicht richtig, sondern die Gelben haben sich bereits eidlich verpflichtet, mit den Roten gemeinsam in den Kampf zu ziehen. Auch darin irrt sich die Wahrsagerin, daß im Herbst der Streik und Boykott einsetzt, sondern, wir wollen Hartmann nicht länger auf die Folter spannen, am 31. Mai kommt es zum Treffen. Mehr als 100 Hezer und Aufwiegler aus allen Gegenden Deutschlands sind bereits auf dem Anmarsch nach Berlin. Der große Hamburger Generalkonstab schlägt sein Lager im Treptower Park auf und dirigiert von dort den Kampf mittels Funkentelegraphie. Herr Hartmann kann das nicht wissen, weil er von seinen gelben Lieblingen abgehälfert wurde und daher in das geheime Treiben keinen Einblick mehr hat. Wir fühlen uns jedoch verpflichtet, nicht länger mit unserm Plan hinter dem Berge zu halten, damit dem toten Mann am Michaelkirchplatz Gelegenheit gegeben ist, sich besser bei seinen Brotgebern einschmeicheln zu können.

Ein schlagfertiger Bäckereimeister. Herr Vogt in Stuttgart, Forststr. 116, scheint der Meinung zu sein, noch im Zeitalter des Faustrechts zu leben. Er beschäftigte einen Bäckergehilfen von 18 Jahren. Ein älterer Geselle macht sich bei ihm nicht bezahlt, auch sind diese meist nicht so leicht zu prügeln wie junge. Herr Vogt schlug ohne eigentlichen Grund dem Bäckergehilfen H. ins Gesicht. Dieser verklagte B. vor dem Gewerbegericht auf Ausbezahlung seines Lohnes. Vogt brachte an dem Lohn noch M 2 für eine zerbrochene Backform, die einem Kunden gehörte, in Abzug. Interessant ist, daß acht Tage später die M 2 noch nicht an den Kunden ausbezahlt waren. Sollte es bis jetzt noch nicht geschehen sein, so möchten wir Herrn Vogt raten, die Sache zu regeln, weil sonst die Sache unangenehm für ihn werden könnte. Als der Geselle seine Gabeligkeiten bei Herrn Vogt zusammenpackte, um die gastliche Stätte für immer zu verlassen, ließ es sich letzterer nicht nehmen, dem jungen Menschen eine Tracht Prügel mit auf den Weg zu geben. Herr Vogt kann stolz sein auf diese Leistung. Er hat einem jungen Menschen, der viel schwächer ist als er, seine Ueberlegenheit bewiesen. Ob das Mut ist oder Feigheit, das zu beurteilen, dürfte nach einiger Ueberlegung auch Herrn Vogt nicht schwer fallen.

Ein Teil „russischer Ideale“ in Dresden. Den Ruhm, einen Teil „russischer“ Ueberkultur nach Dresden verpflanzt zu haben, beansprucht der neugebadene erste Obermeister der Dresdner Bäckereinnung, Herr Wend, für sich. Diesen traurigen Ruhm wird ihm auch selbstverständlich kein gebildeter Mensch streitig machen. Genau wie russische Beamte oder sonstige in Ehrenposten sitzende Menschen alles mit Schnaps kaufen, was ihren Interessen dient, so versucht es Herr W. mit Bier. Solange in den Bezirksversammlungen der Bäckereimeister als zweiter oder dritter Tagesordnungspunkt „Ein Fäßchen Freibier“ stand, hatten wir dagegen gar nichts einzuwenden. Wir betrachteten diese Bekanntmachungen nur als „Dokumente geistigen Tiefstandes“, der Degeneration eines Teiles der Berufsangehörigen. In demselben Augenblick aber, wo man versucht, diesen Tiefstand dem andern Teil der Berufsangehörigen, nämlich den Gesellen, zu übertragen, müssen wir im Interesse des Ansehens unseres ganzen Gewerbes dagegen Front machen. In der Generalversammlung des

Bergnügungsvereins „Dufatia“ am 8. März, nahm, wie wir jetzt erfahren, nach stattgefundener Vorstandswahl, das Ehrenmitglied, Obermeister Wendt, das Wort und sprach also: „Treue Gesellen! Wir wollen Einigkeit pflegen unter uns. Donnerstag ist Wahl. Erscheint recht zahlreich. Ich beeinflusse Euch nicht. Wählt wenn „Ihr“ denkt. Ein Fäßel Bier gebe ich zum Besten. Das schmeckt auch gut!“ Innungsvorstandsmitglied Mude schloß sich dem an. Zu dem Stimmzettelschwindel am Wahltag kommt nun noch diese widerliche „Rede“. Vorsichtig, wie Herr W. ist, betont er: „Ich beeinflusse Euch nicht.“ Kein Mensch glaubt ihm dies. Sein Amtsantritt wird dadurch nicht glorreicher. Durch ein Faß Bier Wahlmache zu treiben, der Korruption Vorschub zu leisten, ist echt „russisch“.

Die Hauptsache, oder: Eine Bäckereigesellenprüfung. In Recklinghausen, einem Städtchen im Westfälischen, findet die Gesellenprüfung der Bäckereilehrlinge statt. Ein ehrlicher, frommer Bäckereimeister fungiert als Prüfungsmeister. Zwischen demselben und einem Prüfling, einem Bäckereilehrling, entwickelt sich nun folgender Prüfungsakt. Prüfungsmeister: „Sag' einmal, mein Sohn, wenn Du morgens aufstehst und ehe Du an die Arbeit gehst, was ist das erste, das Du tust?“ Bäckereilehrling: „Ich wasche mir die Hände.“ Prüfungsmeister: „Rein, mein Sohn, Du berührst Stirne, Mund und Brust und sprichst: Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.“ Wenn der Prüfungsmeister persönlich so verfährt, würden wir schließlich nichts einwenden — das ist seine Privatangelegenheit —, nur das Händewaschen trogalle dem nicht vergessen! Und es ist wohl besser, wenn auch das religiöse Zeichen bereits mit gewaschenen Händen gemacht wird. Vor allem gehört aber eine solche „Belehrung“ nach unserer Meinung nicht zu den Obliegenheiten eines Prüfungsmeisters.

Literarisches.

Arbeiter-Zugend. Die soeben erschienene Nr. 11 hat u. a. folgenden Inhalt: Deutschlands Ehre und Wehr. Von Julian Vorchardt. — Aus meiner Kindheit. Von Otto Krille. — Die Entstehung des Kapitalismus. II. Der Ursprung des Kapitals. Von Gustav Eckstein. — Aus der Geschichte der Sozialdemokratie. Von Wilhelm Schröder. — Wie entstand unsere Erde? (Illustriert.) Von M. S. Baega. — Die Jugendbewegung Württembergs. — Vom Kriegsschauplatz. — Von den Gegnern usw.

Veilage: Gefundenes Geld. Erzählung. — Eine soziale Dichtung aus dem Altertum. Von Hermann Dunder. — An die Jugend. Gedicht von Emma Döhl. — Märkische Schönheit. Von Edgar Habnewald. (Mit Illustrationen.) — Warum und wie sollen wir Deutsch lernen? Von H. Franz. — Bücher für die Jugend. — Der verrätene Schneider. Erzählung von A. H. — Frühlingsglaube. Gedicht von Umland.

Der Schriftgenosse. Organ des Arbeiterstenographenverbandes Stolz-Schrey. Erster Jahrgang, Nr. 3. Die Verbandsmitglieder dieses Stenographenverbandes erhalten das Organ unentgeltlich zugestellt. Verlag F. Sagenow, Maurer, Hamburg.

„Kommunale Praxis“. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Heft 19 und 20 sind erschienen. Preis pro Quartal M 3. Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportiere.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage. Von 1863 bis 1909. Bearbeitet von Wilhelm Schröder. Lieferung I. Vollständig in 18 Lieferungen à 30 $\frac{1}{2}$. München bei G. Vief & Co.

Biblische Geschichten. Das letzte Heft (10) dieser Boshärenserie ist nunmehr auch erschienen und hat folgenden Inhalt: Jesus in Galiläa. Die vier Evangelien. Der Grundgedanke des Markus. Die Einleitung des Markus. Die älteste Uebersetzung. Jesu Wirkungskreis in Galiläa. Zeitdauer der Wirksamkeit Jesu. Die Verfolgung durch den Fürsten Herodes. — Sprüche Jesu. Sprüche und Spruchreihen. Das Gottesreich. Heil den Armen. Die Kraft des Gebets. Wehe den Reichen. Fröhllichkeit und Innlichkeit. Die Pharisäer. Johannes der Täufer. Heilungen. — Jesus in Jerusalem. Die große Flucht. Die Wendung nach Jerusalem. Die große Verwerfung. Der letzte Abend. Das Ende. — Einzelheiten und Belege. Im ganzen 24 Nummern. Davon sind größere Abschnitte: 4. Der Tod Johannes des Täufers. 5. Die zwölf Apostel. 14. Das Vaterunser. 16. Die Wunder Jesu. 19. Der „Einzug in Jerusalem.“ 22. Das Abendmahl. 24. Hat Jesus sich selbst für den Messias gehalten? Preis pro Heft M 1. Volksausgabe 40 $\frac{1}{2}$. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Wie hüten wir uns vor Herzerkrankungen? Von Dr. Keffisch. Unter diesem Titel erschien soeben Heft 23 der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Der seit langem als Spezialarzt für Herzleiden in Berlin tätige Verfasser entwirft in dem vorliegenden Heft ein anschauliches Bild von der Bedeutung des Herzens für den Gesamtorganismus und bringt insbesondere durch eine Reihe schematischer, aber leicht faßlicher Bilder das etwas schwierige Kapitel der Herzerkrankungen und der dadurch bedingten Kreislaufstörungen dem Verständnis des Laien näher. Nach einer Einleitung über den „Bau des Herzens“ folgen Kapitel über den Kreislauf des Blutes und die Arbeit des Herzens. Bei den nun folgenden Krankheiten des Herzens beginnt er mit den angeborenen Herzfehlern, es folgen Herzleiden und Infektionskrankheiten, infolge behinderter Atmung, auch Gelenkrheumatismus durch geschlechtliche Unarten in der Jugend, weiter „Herz und Berufswahl“, „Herzleiden und Ehe“, „vorzeitige Abnutzung des Herzens beim Mann“, „Herzschwäche bei Frauen“ und als Schlusssatz „Hygiene des Herzens im allgemeinen“. Die Arbeit nimmt besondere Rücksicht auf Arbeiterverhältnisse und wird sicherlich willkommen sein und vielen Nutzen stiften.